Nationalsozialismus im Raume Mönchengladbach

Ausstellung der
Volkshochschule Mönchengladbach
im Museum Schloß Rheydt
23.1. bis 20. 2.1983

Öffnungszeiten:
Mi., Sa., So. 11-17 Uhr
und nach Vereinbarung

vhs

Grafik Design: Annette Kremer-Königs

Druck: W. Kraft, Friedensstraße 135, 4050 Mönchengladbach 2

Nationalsozialismus

im Raume Mönchengladbach

Vorwort

Nationalsozialismus

Keine Epoche der Weltgeschichte ist so schnell aus dem Charakter des Zeitgeschichtlichen in den einer historischen Phase übergetreten wie die, in welcher die unklare, trübe Ideologie des Nationalsozialismus den Machtapparat des Deutschen Reiches in Händen hielt.

Die Geschichtswissenschaft hat zur Erforschung dieser zeitgeschichtlich so nahen Epoche neue Methoden unter neuen Vorzeichen entwickelt. Infolgedessen ist heute keine Epoche der Weltgeschichte so nah bekannt wie die Jahre des Nationalsozialismus.

Keine Epoche unserer Geschichte haben wir Deutsche so sehr unter der Ausgangsfrage nach Schuld und Sühne zu sehen, wie diese unsere Zeit unter und nach dem Nationalsozialismus. Trotz all dem sind in der Erforschung des Nationalsozialismus Fragen geblieben, zum Beispiel die Fragen der Kinder an ihre Eltern, wie so etwas hat geschehen können, oder die Frage der Enkel, wie es denn eigentlich gewesen sei, nicht nur so allgemein, sondern hier in Mönchengladbach und beinahe noch heute. Und da sich Wissenschaft unter günstigen Zeitbedingungen aus ihrem streng verschlossenen Turm befreit hat und auf vielfache Weise ins Volk gegangen ist, wird man sich nicht wundern, wenn die Erforschung von Zeitgeschichte aus den Proseminaren in die Schulklassen und Volkshochschulen ausgewandert ist.

Hier hat nun die Generation der Großväter ihre Zeitgeschichte und deren Faktizität zu vergleichen mit dem Bild, das von ihr hier am Orte zu Tage treten wird.

Kinder und Enkel werden die Chance haben, nach der Fernwirkung von Schuld zu fragen und die Lösung aus der geschichtlichen Kette von Ursache und Wirkung zu erwägen.

Gesetzt, eine solche Lösung wäre möglich.

Bolzenius
Oberbürgermeister

Vorbemerkungen

In Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 stellt die Volkshochschule Mönchengladbach als eines der Ergebnisse ihres Projekts „Nationalsozialismus im Raume Mönchengladbach" eine Ausstellung vor, die das Alltagsleben in der Bevölkerung unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von 1933 bis 1945 widerspiegelt. „Mönchengladbach" umfaßt hier das Gebiet der Stadt in seinen heutigen Grenzen.

Das Projekt ist erwachsen aus einem Arbeitskreis der VHS, der sich im 2. Halbjahr 1979 mit der „Judenverfolgung im Dritten Reich" beschäftigte und seine Arbeit in den beiden folgenden Semestern mit den Themen „Die Anfänge faschistischer Bewegungen in der Weimarer Republik" und „Widerstandsbewegungen im Dritten Reich" fortsetzte. Bereits während dieses dritten Seminars ergab sich eine Verbindung der Gesamtsicht der historischen Entwicklung zu den lokalen Ereignissen. Der Arbeitskreis wandte sich im Oktober 1980 über die Presse an die Bevölkerung mit der Bitte, Briefe, Zeitungsausschnitte, Bilder, Vereinschroniken, Sitzungsprotokolle u.a. aus der Zeit von 1933 bis 1945 zur Verfügung zu stellen oder persönliche Erlebnisse zu berichten. Ziel dieses Projekts war von vorne herein nicht so sehr, die großen politischen Ereignisse dieser Zeit in den Vordergrund zu stellen, sondern die Auswirkungen der nationalsozialistischen Politik auf das Alltagsleben der Bürger mosaiksteinartig darzustellen. „Welchen Einfluß hatten die Nationalsozialisten auf das Leben in der Nachbarschaft, in Vereinen, Schulen, Kirchen? Wie wirkte sich die NS-Herrschaft auf das Arbeits- und Geschäftsleben aus? Was wurde von der Bevölkerung akzeptiert, und was gab Anlaß zum Unmut oder gar Widerstand?" Diese Fragen aus dem ersten Presseaufruf bildeten den roten Faden der gesamten Projektarbeit. Den Zugang zu den Fragen verschaffte sich die Projektgruppe zunächst über Versuche, Kontakte zu Zeitzeugen aufzunehmen, die anfangs nur zögernd, im Laufe der Zeit aber doch recht zahlreich gelangen. Der so erarbeitete Grundstock an Informationen und Hinweisen wurde schließlich durch Materialien aus dem Stadtarchiv Mönchengladbach und dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf ergänzt und erhärtet. Die Projektgruppe der Volkshochschule arbeitete außerdem eng zusammen mit Mitarbeitern und Studenten der Abteilung Landesgeschichte am Historischen Seminar der Universität Düsseldorf. Für ihre tatkräftige Unterstützung sei hier besonders gedankt den Herren Dr. Löhr, Lamers und Dr. Wiesemann.

Aus der Zusammenarbeit von Erwachsenenbildung (Volkshochschule) und Wissenschaft (Universität) kann selbstverständlich nicht der Anspruch abgeleitet werden, daß die Beiträge in

allen Punkten wissenschaftlichen Erklärungs- und Darstellungsansprüchen voll genügen. In den Arbeitsergebnissen widerspiegelt sich vielmehr das hohe Maß an selbständiger Beschäftigung der Kursteilnehmer mit den Fragestellungen des Ausgangsthemas.

Das hohe Maß an Engagement, das sowohl von Zeitzeugen aufgebracht wurde, die sich zu Interviews bereitfanden oder Materialien als Leihgabe zur Verfügung stellten, als auch von anderen, die wertvolle Kontakte vermitteln konnten, gibt Anlaß, all diesen für ihre Mithilfe zu danken. Stellvertretend für alle anderen zu erwähnen ist Herr Fritz Zahnen, der aus eigenem Erleben vom Schicksal jüdischer Familien in M.Gladbach berichten und zahlreiche Anschriften jüdischer Bürger, die während der NS-Zeit M.Gladbach verlassen mußten, vermitteln konnte. Die Kontaktaufnahme zu diesen ehemaligen M.Gladbacher Bürgern hat eindrucksvoll-bedrückende Berichte Betroffener ermöglicht. Durch seine intensive Mitarbeit auch in anderen Themenbereichen hatte Herr Zahnen dem Erfolg der Projektarbeit zu einem entscheidenden Durchbruch verholfen.

Der Dank gilt freilich auch allen, die im Laufe der vergangenen drei Jahre durch ihre Mitarbeit in der Projektgruppe zum Gelingen des jetzt vorliegenden Ergebnisses beigetragen haben. Namentlich sei denjenigen herzlich gedankt, die sich in der letzten Phase des Projekts unter Einsatz vieler Stunden Freizeit um die Ausgestaltung der Ausstellung und des vorliegenden Katalogs bemüht haben, indem sie einen der Themenbereiche verantwortlich übernommen oder durch systematische Auswertung von Zeitungen und Übernahme von Interviews zugearbeitet haben:

Hans-Walter Hütter, Jg. 1954, Angestellter
Beate Korsten, Jg. 1963, Schülerin
Gottfried Kühlen, Jg. 1921, Postbeamter a.D.
Wehwalt Masson, Jg. 1945, techn. Angestellter
Guido Müller, Jg. 1957, Student
Helmut Richthammer, Jg. 1952, Selbständiger
Matthias Wirth, Jg. 1929, Kaufmann

Die Leitung des Projekts hatten Fritz Braatz und Wilfried van Wingerden.

Der Landeszentrale für politische Bildung NW, die durch einen Zuschuß die Realisierung der Ausstellung erst ermöglicht hat, sei an dieser Stelle ebenfalls Dank ausgesprochen.

Die Einflüsse des nationalsozialistischen Regimes auf das Alltagsleben der Bürger

Gedanken zur Eröffnung der Ausstellung „Nationalsozialismus im Raume Mönchengladbach" von Prof. Dr. Peter Hüttenberger

Das öffentliche und wissenschaftliche Interesse am Nationalsozialismus war nach dem Untergang des Dritten Reiches darauf gerichtet herauszufinden, warum der Nationalsozialismus an die Macht gelangen konnte und wie der Kriegsausbruch und die von ihm begangenen Verbrechen zu erklären seien. Man war der Auffassung, man könne so das Wesen jener Herrschaft herauspräparieren und dazu beitragen, ihre Wiederkunft ein für allemal zu verhindern. Später, als sich allmählich die Archive in den 60er Jahren öffneten, wandte sich die Forschung der Untersuchung des inneren Funktionierens der Organisationen, der Verteilung der Macht im Staate und der NSDAP, des Widerstandes, der Beschreibung des Lebens prominenter Nationalsozialisten zu. Erst nach und nach geriet das Problem der Alltäglichkeit der Menschen in den Blick der Wissenschaft.

Aber was ist der Alltag im Nationalsozialismus? Sind es die Lebensgewohnheiten, die Abläufe des Tages, des Jahres? Sind es die Sorgen und Freuden der Menschen? Sind es die Zustimmung oder Ablehnung zum Regime? Aber was ist mit dem nationalsozialistischen Regime gemeint: die NSDAP, die Staatsbehörden, die Gestapo, Wehrmacht oder Wirtschaft?

Wenn man davon ausgeht, daß der Nationalsozialismus eine totalitäre Herrschaft gewesen war, dann hätte er den Alltag, das Denken, die Gefühle der Menschen vollständig durchdringen und formen müssen. Aber war er dazu überhaupt im Stande? Er war immerhin nur zwölf Jahre an der Macht, eine zu kurze Zeitspanne, um oft über Jahrhunderte oder zumindest viele Jahrzehnte hin gewachsene Verhältnisse zu ändern.

Gewiß, der Nationalsozialismus wollte in das Leben jedes Einzelnen eingreifen, ja er konnte es sogar vernichten, aber hat er deshalb schon den Alltag aller vollständig umgestaltet? Wenn er es geschafft hätte, dann würde dies bedeuten, daß er mit Erfolg etwa das katholische oder evangelische Milieu zerschlagen hätte.

Jede Frage ergibt neue Fragen, die bis heute nicht endgültig beantwortet worden sind.

Man muß also genau hinsehen, ehe man ein Urteil über das Geschehen im Alltag der Jahre von 1933 bis 1945 abgeben kann. Man kann auch nicht umhin, die einzelnen Bereiche des Lebens zu unterscheiden und das jeweilige Verhältnis eines

Lebensbereiches zum Nationalsozialismus für sich zu betrachten.

Als der Nationalsozialismus im Januar 1933 die Regierung des Reiches, der Länder und auch später der Gemeinden übernahm, zerstörte er nach und nach einige Lebensbereiche, so z.B. die der Parteien der Weimarer Republik, der Gewerkschaften und der Arbeiterkultur, der kirchlichen Jugendverbände und setzte an deren Stelle eigene Großorganisationen, die allmählich auch eigene Lebensbereiche entwickelten: die NSDAP, die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Hitlerjugend (HJ), den Bund deutscher Mädel (BdM). Er versuchte zudem, die Behörden auf sämtlichen Ebenen des Staatswesens mit eigenen Leuten zu durchdringen, womit er, über die Jahre hin gesehen, Erfolg hatte. Dennoch vermochte er manche Bereiche nur am Rande zu verändern, so z.B. die Kernstrukturen der gewerblichen Wirtschaft, die Wehrmacht und die Kirchen. Gleichzeitig baute er aber auch neue Lebensbereiche auf: die SS, der allmählich die Polizei und die Konzentrationslager zuwuchsen, und er begann, bestehende an den Rand der Gesellschaft zu drängen, wozu vor allem die jüdischen Gemeinden und die Zigeunersippen gehörten.

Jeder dieser Bereiche besaß seine eigenen Lebensgewohnheiten und Spielregeln, nach denen der Alltag funktionierte. Für den Einzelnen kam es aber während des Dritten Reiches darauf an, in welchem er kraft Herkunft, Beruf, politischer Willensentscheidung, sozialem und wirtschaftlichem Druck oder auch Zufall lebte. Ein Angestellter in einem Großbetrieb zum Beispiel verbrachte seinen Tagesablauf in der Firma nach 1933 nicht viel anders als vorher, vorausgesetzt, er trat nicht der NSDAP bei. Ein Beamter arbeitete nach 1933 weiter nach den Grundsätzen der Staatsbürokratie, wenngleich er durch seine nationalsozialistischen Vorgesetzten einer erhöhten politischen Kontrolle unterlag. Ein Pfarrer mußte zwar in seinen Reden vorsichtig sein, aber er handelte entsprechend den Gegebenheiten seiner Kirche und seines christlichen Milieus.

Ein entschieden neuer Alltagsbereich war demgegenüber die Existenz des Lagers, die sich von den kleinen Konzentrationslagern im Sommer aus allmählich ausdehnte. Bei der Lagerexistenz darf man jedoch nicht nur die Konzentrationslager im Auge haben, sondern man muß auch an die zahlreichen Lager der SA, der SS, der HJ und aller möglichen Berufs- und Wirtschaftsgruppen denken. Dieses Lagerleben richtete sich nach dem Vorbild militärischer Biwaks und Kasernen, in den KZ zudem durchmischt mit den Gegebenheiten einer willkürlich geführten Gefängnisorganisation. Neu war schließlich auch die Existenz von Menschen im Untergrund des Widerstands.

Das Hauptproblem jedes Einzelnen bestand freilich darin, daß er häufig gezwungen war, mehreren Lebensbereichen gleich-

zeitig anzugehören, z.B. ein Arbeiter, der einen Platz in einer Fabrik besaß, gehörte zwangsweise auch der DAF an. Ein Beamter, der befördert werden wollte, konnte nicht umhin, der Partei beizutreten. So entwickelte sich für die meisten Deutschen eine doppelte Existenzweise im Alltag: am Tag arbeitete man in gewohnter Weise im Betrieb, am Abend ging man zur Schulung in eine der vielen Parteiorganisationen. Ein Jugendlicher ging in der Woche zur Schule, am Wochenende besuchte er HJ-Lager mit ihren Versuchen politischer Umerziehung. Lediglich in den Kirchen, in der Wehrmacht und im Untergrund oder in privaten Freundeszirkeln konnte man sich dieser Doppelexistenz entziehen. So entwickelten sich im Alltag zahlreiche, feinnuancierte Verhaltensweisen, die darauf angelegt waren, die Grenzen zwischen den Lebensbereichen jeweils neu zu stecken oder aber, wenn es notwendig war, auch zu verwischen. Die Menschen pendelten zwischen gewohnten, selbstgewählten und den vom Nationalsozialismus aufgedrängten Existenzformen.

Eine klare Grenzziehung war allerdings durch zwei Phänomene besonders erschwert. Zum einen stellte die nationalsozialistische Ideololgie nichts vollkommen Neues dar, sondern sie griff auf zahlreiche ältere Denkgewohnheiten, Traditionen und Symbole zurück, in denen die Deutschen schon lange vor 1933 erzogen worden waren. Es war also häufig schwer, zwischen dem typisch nationalsozialistischen Gedanken und einem herkömmlichen zu unterscheiden. Ein nationalfühlender Deutscher z.B. mußte nicht unbedingt Nationalsozialist sein, ja er konnte sogar in manchem der NSDAP gegenüber kritisch eingestellt sein, und doch war er bereit, die Politik der Beseitigung des Versailler Vertrages zu begrüßen. Ein evangelischer Christ konnte die Kirchenpolitik des Nationalsozialismus heftig bekämpfen und trotzdem gegen die Vernichtung der Kommunistischen Partei 1933 nichts einzuwenden haben.

Zum anderen tauchte unter dem Nationalsozialismus ein weiteres Phänomen auf, das in den Alltag verschiedener Lebensbereiche eingriff: die Denunziation oft unbedachter Reden und Handlungen. Die Wirksamkeit von Polizei und Partei beruhte nicht nur auf ihren eigenen Maßnahmen, sondern vor allem auch auf der Bereitschaft zahlreicher Menschen, mitzuarbeiten und über Nachbarn, Bekannte, Arbeitskollegen, Schulfreunde und Verwandte bei Behörden, Parteidienststellen und Polizei Privates auszuplaudern oder sie gar bewußt anzuzeigen. Dies geschah nicht nur aus Linientreue, sondern mehr noch aus persönlichem Neid, aus Feindschaft, Verärgerung, Enttäuschung, Mißgunst, Wichtigtuerei und Dummheit. Das Phänomen der Denunziation hielt ein ständiges Gefühl der Gefährdung wach. Sie erzeugte Angst und rief damit zwiespältige Verhaltensweisen hervor; sie verführte zur zeitweiligen Anpassung, die manchmal zur Gewohnheit werden konnte. Die in die Hunderttausende gehenden Heimtückeprozesse, Schutzhaftfälle und

Prozesse wegen Wehrkraftzersetzung resultieren fast durchweg aus Denunziationen und sie zeugen von der Unsicherheit des Alltags.

Mit Beginn des Krieges veränderte sich das Leben noch einmal. Die Menschen waren nicht nur von den Einberufungen zur Wehrmacht und ab 1941/42 dem Hereinbrechen des Bombenkrieges betroffen, der Staat stellte die Wirtschaft von den Bedingungen des Friedens auf die des Krieges um. Dazu gehörte ein deutlich erhöhter Anspruch an die Arbeitskraft, dazu gehörten Dienstleistungen aller Art, eine verschärfte Kontrolle des Wohlverhaltens gegenüber den Maßnahmen von Partei und Staat sowie die Androhung von Bestrafung selbst irrtümlicher Mißgriffe im Alltag. Wer den Forderungen des Regimes nicht nachkam, oder sich ihnen entzog oder sie kritisierte, mußte mit hohen Strafen rechnen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die meisten Deutschen die Niederlage des Reiches fürchteten, und ihre Furcht wuchs nach der Proklamation der bedingungslosen Kapitulation durch die Siegermächte auf der Konferenz von Casablanca.

Am Ende des Krieges schließlich brach eine „Rette sich wer kann – Mentalität" aus, die sämtliche Grundsätze der bisher geltenden Ordnung unterlief.

Das Alltagsleben im Dritten Reich war vielschichtig und widersprüchlich. Man erlitt nicht nur den Nationalsozialismus, man konnte durch ihn auch Karriere machen oder in verhältnismäßig großer privater Ruhe leben, vorausgesetzt man war nicht als Jude, Zigeuner, Kommunist oder widerspenstiger Christ stigmatisiert. Diese verwickelten Verhältnisse sind nicht am Beispiel der großen Ereignisse der Staatsgeschichte, sondern vor allem durch die Untersuchung der sozialen Verhältnisse auf lokaler und regionaler Ebene deutlich zu machen.

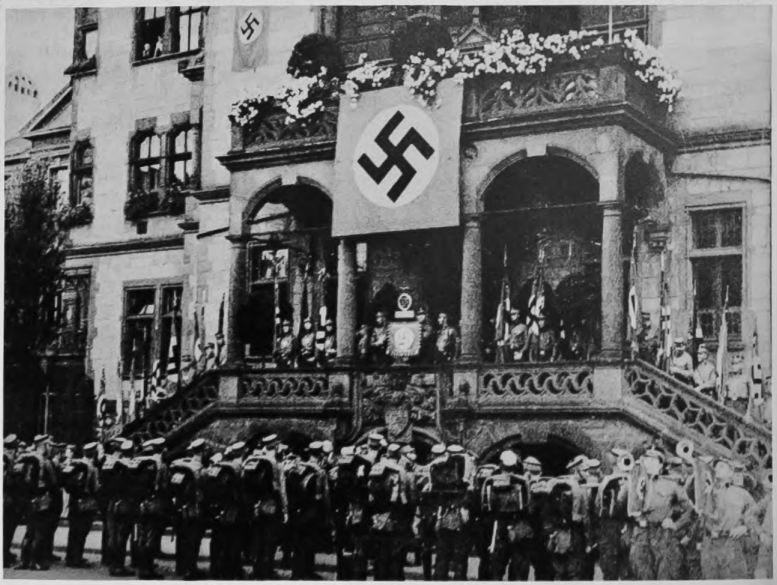
„Deutsches Volk, gib uns die Zeit von 4 Jahren,
und dann urteile und richte uns!"
(Aufruf der Regierung Hitler am 1. Februar 1933)

Die Machtübernahme durch die NSDAP

Die Nationalsozialisten haben den 30. Januar 1933 in ihrer Propaganda stets als „Tag der Machtergreifung" bezeichnet. Hierdurch sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, als hätten sich Hitler und die NSDAP an diesem Tage aus eigener Kraft zu der ihnen nach ihrer Überzeugung längst zustehenden Machtposition aufgeschwungen. Dies war eine bewußte Verfälschung der Wirklichkeit. Hitler „ergriff" am 30. Januar nicht die Macht, sondern ihm wurde vom Reichspräsidenten nach der Vorschrift der Verfassung die Reichskanzlerschaft und die Aufgabe der Regierungsbildung übertragen. Weder Hitler noch die NSDAP erhielten an diesem Tage unumschränkte Herrschaftsbefugnisse. Hinter dem Kabinett Hitler standen nicht mehr als 41,9 Prozent der Reichstagsabgeordneten (NSDAP: 33,1 Prozent, DNVP: 8,8 Prozent). Aus diesem Grund versuchte Hitler, so schnell wie möglich Neuwahlen herbeizuführen. Bereits zwei Tage nach der Installierung des Kabinetts Hitler löste der Reichspräsident den Reichstag auf. Die Neuwahlen wurden auf den 5. März 1933 festgesetzt.

Reichsminister Dr. Joseph Goebbels bei seiner Rundfunkansprache von der Freitreppe des Rheydter Rathauses 24. 4. 1933

Die bislang nicht nationalsozialistisch Wählenden sollten im Wahlkampf endgültig davon überzeugt werden, daß hier nicht eine aus egoistischen Interessen handelnde Partei alten Stils am Werke sei, sondern eine „Bewegung", deren Fürsorge allen Volksgenossen galt, soweit sie sich eben nicht in hartnäckiger Verkennung des Gebots der Stunde dem „Fortschritt" und dem „neuen Deutschland" in den Weg stellten. Werbung durch Vertrauen erweckende Mäßigung und glaubwürdige Zukunftsversprechungen waren die Parole der NSDAP für den Wahlkampf. Nicht von einer nationalsozialistischen Revolution wurde gesprochen, sondern von einem „Kabinett der nationalen Konzentration" und von der „nationalen Erhebung". Dieser Teil der Wahlkampfstrategie zielte vor allem auf die bürgerlich-konservativen Wählerschichten. Daneben bediente sich die NSDAP rücksichtslos der „legalen" Möglichkeiten, wie z. B. Zeitungs- und Versammlungsverbote, Verhaftungen usw., zur Behinderung und Ausschaltung der politischen Gegner, also in erster Linie der Verteter der sozialistischen Parteien. So wurden mit der Verordnung vom 4. 2. 1933 die Presse- und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt und mit der Verordnung vom 6. 2. 1933 die letzten Rechte der seit Papens „Preußenschlag" ohnehin bereits weitgehend entmachteten sozialdemo-



Kundgebung der SA am Rathaus Rheydt 1937/38

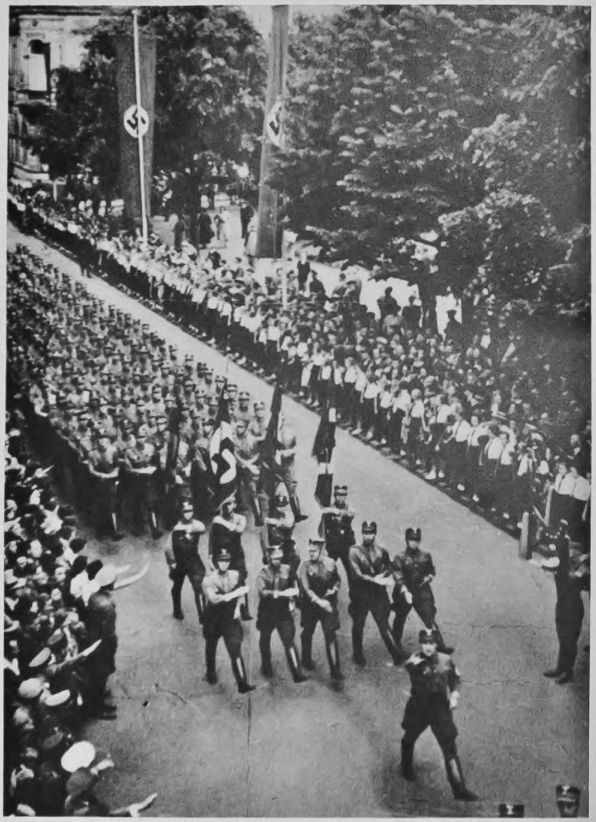
kratischen Regierung in Preußen endgültig beseitigt. Die Verordung vom 17. 2. 1933 verpflichtete die preußische Polizei zur

Unterstützung der nationalen Verbände, und am 22.2.1933 wurden SS-, SA- und Stahlhelmverbände zur Hilfspolizei herangezogen.

Geburtstag des Führers am 20.4.1939
Hindenburgstraße im Fahnenschmuck

Den bis heute nicht endgültig aufgeklärten Reichstagsbrand benutzten die Nationalsozialisten, um mit Hilfe der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.1933 praktisch alle Grundrechte außer Kraft zu setzen. Der bürgerliche „Normenstaat" wurde dadurch zumindest in wesentlichen Teilen – bis 1945 – durch den terroristischen „Maßnahmenstaat" abgelöst. Eine Welle von Verhaftungen, Verboten, Beschränkungen, Beschlagnahmungen ging über Parteien und Personen hinweg.

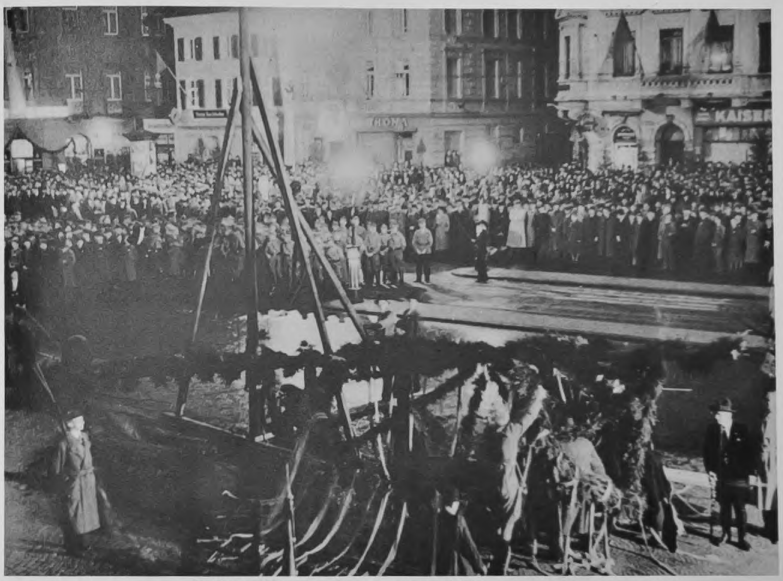
Daneben inszenierten die Nationalsozialisten ein gewaltiges Spektakel nationaler Zustimmung und Begeisterung. Sie versprachen Einigkeit und „Aufbruch" in eine stolze Zukunft und den Dammbau gegen die „rote Flut".



Vorbeimarsch der SA aus Anlaß der Übergabe des Gebäudes der ehemaligen Gewerbebank an die Kreisleitung am 18. 6. 1938

Trotz der Terrormaßnahmen und des ungeheuren Propagandaeinsatzes erreichten die Nationalsozialisten bei der letzten Mehrparteien-Wahl am 5. März 1933 nicht die absolute Mehrheit, sondern „nur" 43,9 Prozent der Wählerstimmen. Sie erhielten zwar 10 Prozent mehr als bei der Wahl im November 1932, aber immer noch zu wenig, um auf Dauer mit dem Ausnahmezustand regieren zu können. Das Wahlergebnis zwang zu einer erneuten Koalition mit der DNVP. Darüber hinaus sollte ein „Er-

mächtigungsgesetz" der Reichsregierung vier Jahre Handlungsfreiheit gewähren. Da hierfür aber auch die Stimmen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Zentrumspartei, notwendig waren, warben die Nationalsozialisten bei diesen nochmals um Vertrauen. Andererseits wurden verstärkt die Möglichkeiten der „Reichstagsbrandverordnung" ausgeschöpft, um nirgendwo im Reich Opposition aufkommen zu lassen.



Maifeier auf dem Alten Markt zum 1. Mai 1939

Das von Goebbels mit aller Raffinesse organisierte Schauspiel des „Tags von Potsdam" am 21. März 1933 zur feierlichen Eröffnung des neuen Reichstages in der Begräbniskirche Friedrichs des Großen, der Festakt vor dem Altar mit aufgeschlagener Bibel inmitten der alten Regimentsfahnen, die tiefe Verbeugung Hitlers im Cutaway vor dem in der Uniform eines kaiserlichen Generalfeldmarschalls auftretenden Reichspräsidenten Hindenburg, die zur Schau gestellte Religiosität, preußische Traditionspflege, bürgerlicher Habitus und Heldenverehrung, – all dies verfehlte nicht seinen Eindruck in der bürgerlichen Öffentlichkeit.

Auch am 23. März 1933 waren Hitlers Worte ganz darauf abgestellt, die bürgerlich-konservativen Kreise und die katholische Zentrumspartei im Reichstag von der nationalen Lauterkeit seines Wollens zu überzeugen. Er versprach, vom bean-

tragten Ermächtigungsgesetz „nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Weder die Existenz des Reichstages noch des Reichsrates soll dadurch bedroht werden. Die Stellung und die Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt...Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert..."

Ermächtigungsgesetz

Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich

Vom 24. März 1933

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungänderender Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Berlin, den 24. März 1933.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

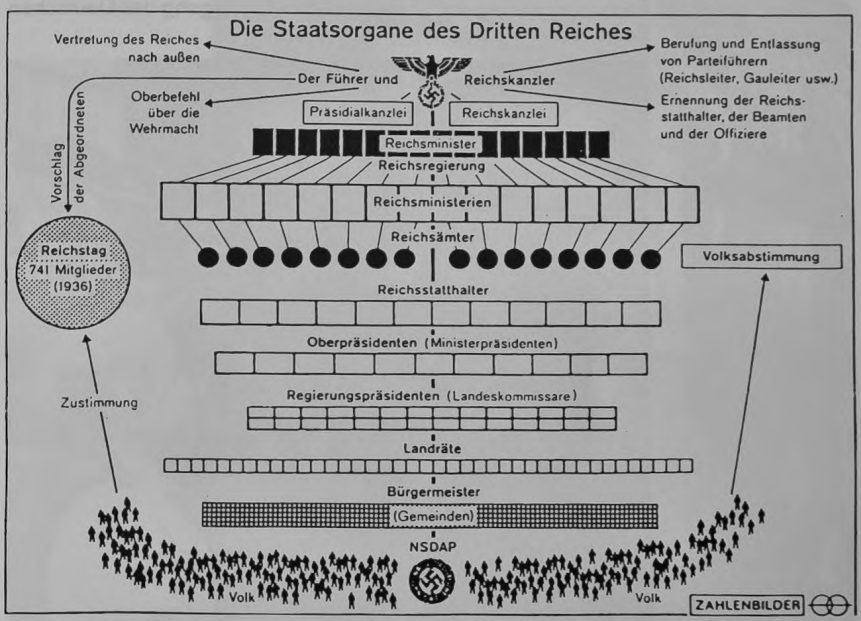
Der Reichsminister des Auswärtigen
Freiherr von Neurath

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

Das Abstimmungsergebnis über das sogenannte „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (Ermächtigungsgesetz) lautete dann auch 444 : 94. Lediglich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte dagegen. Der Abgeordnete Wels begründete die Ablehnung unter anderem mit den von der Regierung Hitler seit dem 30.1.1933 begangenen und geduldeten Unrechtshandlungen. Den KPD-Abgeordneten waren ihre Mandate ohnehin längst aberkannt. Viele von ihnen saßen bereits in Haft, waren untergetaucht oder ins Ausland geflüchtet.

Mit der Annahme des „Ermächtigungsgesetzes" begann die „Gleichschaltung" der staatlichen und kommunalen Institutionen. So wurde die Neubildung der Länderparlamente und Gemeindevertretungen nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 angeordnet. Am 7. April 1933 wurde den einzelnen Länderregierungen ein „Reichsstatthalter" überge-

ordnet, der an die Weisungen des Reiches gebunden war. Der Reichsrat wurde Anfang 1934 beseitigt. Daneben hatte bereits im Frühjahr 1933 die „Gleichschaltung" der wirtschaftlichen und kulturellen Verbände und Vereine eingesetzt.



In allen Lebensbereichen war allein der Wille des „Führers" entscheidend. Er wurde durchgesetzt von den in seinem Auftrag handelnden und von ihm eingesetzten Parteiführern, Staatsbeamten und Offizieren. Die „Führerbefehle" traten immer mehr an die Stelle von Gesetzen, die formal von der Reichsregierung erlassen werden sollten; diese hatte aber seit 1938 keine Sitzung mehr abgehalten. Außerdem gab es im Kabinett keine Abstimmung. Jede Entscheidung lag allein beim „Führer".

Der 1. Mai, traditioneller Kampftag der organisierten Arbeiterbewegung, wurde nunmehr zum „Tag der nationalen Arbeit" deklariert. Am Tage darauf wurden alle Gewerkschaften aufgelöst, deren Vermögenswerte beschlagnahmt, Funktionäre verhaftet. Ähnlich verfuhr man mit der SPD, die am 22. Juni 1933 verboten wurde. Die Bereitschaft der bürgerlichen Parteien zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zahlte sich nicht aus. Unter fadenscheinigen Vorwänden wurden auch ihre Führer verhaftet und Geschäftsstellen besetzt. So wurden in rascher Reihenfolge die Bayerische Volkspartei, das Zentrum, die Deutsche Staatspartei, die Deutsche Volkspartei und sogar der Koalitionspartner, die Deutsch-Nationale Volkspartei, zur Selbstauflösung gezwungen. Das Gesetz vom 14. Juli 1933, knapp vier Monate nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes, erklärte dann lapidar die NSDAP zur einzigen politischen Partei. Jede Wieder- oder Neugründung anderer Parteien wurde mit Zuchthausstrafe bedroht. Die letzten Elemente

der parlamentarischen Demokratie waren beseitigt. Der Weg für den Aufbau einer „deutschen Volksgemeinschaft", bei gleichzeitiger Anpassung und Vernichtung aller „Undeutschen", war geebnet. Dieser Weg führte zu dem rassistischen Eroberungskrieg und endete mit dem Untergang des Deutschen Reiches.

Ein Jungmädel überreicht dem Gauleiter Florian einen Blumenstrauß (18. 6. 1938)

Wie sich der Nationalsozialismus auf alle Bereiche des Lebens im Raum Mönchengladbach ab März 1933 ausgewirkt hat, ergibt sich aus der Darstellung in den folgenden Abschnitten. Wenn auch die Nationalsozialisten vor diesem Zeitpunkt hier keine dominante Rolle gespielt haben und auch nach 1933 die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Nazis zunächst eher von Zurückhaltung geprägt war, so darf nicht verschwie-

Ehrenwache vor dem Elternhaus des Reichsministers Dr. Goebbels am 23. 4. 1933 in Rheydt

gen werden, daß Goebbels mit der von ihm bewirkten Trennung der beiden Städte M.Gladbach und Rheydt auf breite Zustimmung der Rheydter Bevölkerung stieß und daß damit auch das Ansehen der NSDAP wuchs. Der Lokalpatriotismus – quer durch alle Bevölkerungsschichten – war in diesem Falle stärker als alle politische Einsicht.

Fritz Braatz

„Die Dreiteilung der Gewalten ist überwunden"
(Einleitung zur Deutschen Gemeindeordnung vom 30. 1. 1935)

Stadtpolitik

In den 30er Jahren konnte sich der Gladbach-Rheydter Raum wie das übrige Deutschland dem Einfluß des Nationalsozialismus nicht entziehen. Doch aufgrund des in dieser Region traditionell einflußreichen Katholizismus vermochte die NSDAP bei den Wahlen nicht, die reichsüblichen Zuwachsraten zu erzielen. Vielmehr erfreute sich in Gladbach-Rheydt das Zentrum, das hier immer viele Wählerstimmen auf sich vereinigt hatte, auch nach dem 30. Januar 1933 noch eines breiten Zuspruchs aus der Bevölkerung. Die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März 1933 können dies verdeutlichen:

Ergebnisse (in Prozent)	Gladbach-Rheydt	Reichsgebiet
NSDAP	38,1	43,9
Zentrum	34,1	11,2
SPD	5,3	18,3
KPD	15,1	12,3
Sonstige	7,4	14,3

Die kommunalpolitischen Vorgänge in unserer Stadt können freilich nicht isoliert betrachtet werden. Insbesondere im 3. Reich

Feierliche Flaggenhissung durch SA und SS Formationen im Innenhof des Rathauses Abtei am 13. 3. 1933

war die Abhängigkeit der Kommunen von der Landes- und Reichsgesetzgebung sowie von den politischen und wirtschaftlichen Vorgaben der übergeordneten Ebenen überaus weitreichend.

Die Selbstverwaltungsorgane – Stadtrat, Ausschüsse, Deputationen und Beiräte – wurden aufgelöst und nach nationalsozialistischen Vorstellungen neu besetzt. Bereits in der Eröffnungssitzung der am 12. März 1933 neugewählten Stadtverordnetenversammlung von Gladbach-Rheydt durften die gewählten Vertreter der KPD ihr Mandat nicht wahrnehmen. Bis Juli 1933 wurden auch die sozialdemokratischen Vertreter aus dem politischen Leben endgültig ausgeschlossen.

Ausgemeindungsfeier vor dem geschmückten Rathaus in Rheydt am 25. 6. 1933

In der Eröffnungssitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5. April 1933 wurde beschlossen, Joseph Goebbels wegen der „besonderen Verdienste um das Vaterland" die Ehrenbürgerschaft zu verleihen. Nach der Trennung von M. Gladbach und Rheydt (1. August 1933) wiederholten die Ratsherren des Stadtkreises Rheydt „aus formellen Gründen" die Verleihung. Daß die im Zuge der preußischen Kommunalreform von 1929 vereinigten Städte wieder ihre frühere Selbständigkeit erlangten, war ein im gesamten Deutschen Reich einmaliger Vorgang.

Ehrenbürgerbrief

der Stadt Gladbach-Rheydt

Nach Wunsch und Willen der Bürgerschaft verleihen wir, Oberbürgermeister und Stadtverordnete der Stadt Gladbach-Rheydt Herrn Reichsminister

DR. JOSEPH GOEBBELS

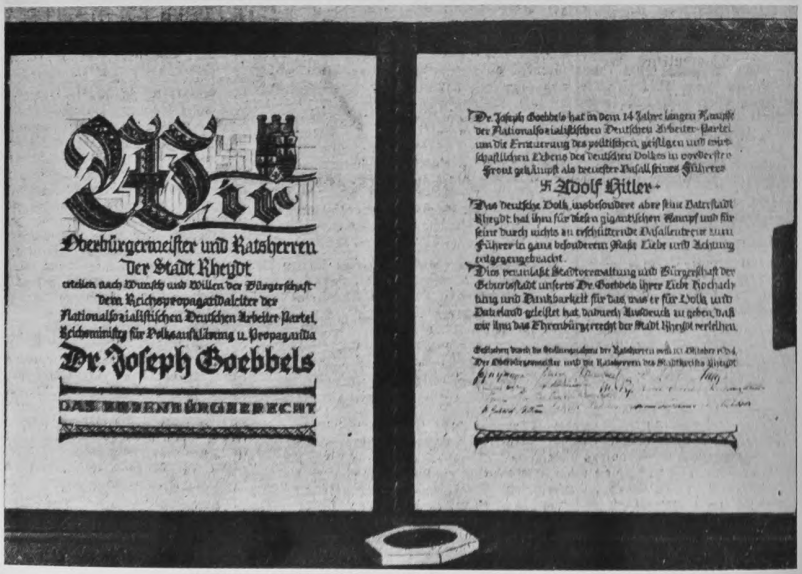
dem genialen Sohne unserer Stadt, dem unermüdlichen und begeisterten Vorkämpfer der nationalen Erhebung des Deutschen Volkes, in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste für unser Vaterland und unsere Stadt das

EHRENBÜRGERRECHT

Ausgefertigt gemäß Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 5. April 1933.

Oberbürgermeister

Ehrenbürgerbrief der Stadt Gladbach-Rheydt für Reichsminister Dr. Goebbels vom 24. 4. 1933



Wir

Oberbürgermeister und Ratsherren

der Stadt Rheydt

erteilen nach Wunsch und Willen der Bürgerschaft

dem Reichspropagandaleiter der

Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei,

Reichsminister für Volksaufklärung u. Propaganda

Dr. Joseph Goebbels

DAS EHRENBÜRGERRECHT

Dr. Joseph Goebbels hat in dem 14 Jahre langen Kampfe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei um die Erneuerung des politischen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens des deutschen Volkes in vorderster Front gekämpft als treuester Vasall seines Führers

Adolf Hitler.

Das deutsche Volk, insbesondere aber seine Vaterstadt Rheydt hat ihm für dieses gigantischen Kampf und für seine durch nichts zu erschütternde Vasallentreue zum Führer in ganz besonderem Maße Liebe und Achtung entgegengebracht.

Dies veranlaßt Stadtverwaltung und Bürgerschaft der Geburtsstadt unseres Dr. Goebbels ihrer Liebe Nachachtung und Dankbarkeit für das, was er für Volk und Vaterland geleistet hat, dadurch Ausdruck zu geben, daß wir ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Rheydt verleihen.

Geschehen durch die Gestattung seitens der Ratsherren am 10. Oktober 1934.

Der Oberbürgermeister und die Ratsherren des Stadtkreises Rheydt

Ehrenbürgerbrief der Stadt Rheydt für Reichsminister Dr. Goebbels vom 10. 10. 1934

Durch die Neubildung der Stadtparlamente von M. Gladbach und Rheydt wurde das „Führerprinzip" schnell und gründlich durchgesetzt. So bildete zum Beispiel die Stadtverordnetenversammlung in M. Gladbach am 15. August 1933 einen aus sieben Mitgliedern bestehenden Hauptausschuß, dem die gesamten Rechte des Stadtrates übertragen wurden. Die Westdeutsche Landeszeitung wertete diesen lediglich fünf Minuten beanspruchenden Akt als Selbstentmachtung des Stadtrats und sah mit der Bildung des Hauptausschusses die Errichtung eines Führerrates verwirklicht, der die neue Stadt M. Gladbach zur ersten deutschen Großstadt mache, die nach dem Führerprinzip der Nationalsozialisten geleitet werde.

Sitzung der Rheydter Ratsherren im Ratssaal 1936

Das Zentrumsmitglied Dr. Johannes Handschuhmacher war als Oberbürgermeister von Gladbach-Rheydt von den Nationalsozialisten am 10. Juli 1933 beurlaubt worden. In der neuen Stadt M. Gladbach amtierten als Oberbürgermeister der parteilose (!) Dr. Hans Poeschel (bis Juni 1938) und bis Kriegsende NSDAP-Kreisleiter Werner Keyssner. In Rheydt hatten dieses Amt inne: Edwin Hasenjaeger (1.8.1933–2.6.1936), Heinz Gebauer (bis 1940) und Dr. Alexander Doemens (bis April 1945).

Personelle Veränderungen wurden in den städtischen Verwaltungen M.Gladbachs und Rheydts im Vergleich zu anderen Städten in relativ bescheidenem Ausmaß vorgenommen. Bis Frühjahr 1934 wurden in M.Gladbach aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 insgesamt 2170 Beamte, Angestellte und Arbeiter überprüft. Im einzelnen erstreckten sich die Prüfungen auf 289 Beamte, 39 Anwärter, 390 Angestellte, 1 152 Arbeiter sowie 300 Beamte, Angestellte und Arbeiter im Ruhestand. Verfahren wurden danach eingeleitet gegen 5 leitende Beamte, 2 leitende Beamte im Ruhestand, 3 Dauerangestellte und 20 Arbeiter. Insgesamt wurden in M.Gladbach bis zum 31. März 1934 nur 20 öffentlich Bedienstete bei der Stadtverwaltung entlassen.

Einführung des neuen OB von Gladbach-Rheydt am 11. Juli 1933: Kreisleiter Pelzer im Rathaushof

Die Stadt förderte im Rahmen nationalsozialistischer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln Tiefbaumaßnahmen und Siedlungsvorhaben. Bei den Hochbaumaßnahmen fallen Projekte ins Auge, die der Stärkung M.Gladbachs als landwirtschaftlichem Mittelpunkt am linken Niederrhein dienen sollten. Dennoch blieben auch im M. Gladbach-Rheydter Raum bis Kriegsausbruch die Lasten für die Wohlfahrts- und Arbeitslosenunterstützung auf einem so hohen Stand, daß für weitere Entwicklungsmaßnahmen kaum Mittel zur Verfügung standen. Unbeschadet der schlechten Haushaltslage führten die Stadtplaner nach 1933 ihre Arbeit im wesentlichen auf den

Rathaus Abtei in M.Gladbach anläßlich des 50. Geburtstages von Adolf Hitler am 20. 4. 1939

Grundlagen der Vorjahre fort. Neue Projekte, vor allem im Straßenbau, waren zwar geplant, wurden aber nicht mehr zum Abschluß gebracht. Ab 1939 war die gesamte Tätigkeit der Stadtverwaltung auf die Durchführung kriegsbedingter Maßnahmen und Notwendigkeiten ausgerichtet.

Hans-Walter Hütter

„Nur wer dauernd nach Höchstleistungen strebt, kann sich in der Welt durchsetzen" (Adolf Hitler)

Wirtschaft

Die am 29. Juli 1929 gebildete Stadt Gladbach-Rheydt war nach Köln und vor Aachen die zweitgrößte Stadt am linken Niederrhein. Sie stellte nicht nur eine politisch, sondern auch wirtschaftlich bedeutsame Größe dar. Der wichtigste Wirtschaftszweig der Stadt war die Textilindustrie, die allerdings starkem ausländischem Konkurrenzdruck ausgesetzt war, vor allem von seiten belgischer und französischer Firmen. Unzureichender Zollschutz und ein niedriges Lohnniveau im benachbarten Ausland bewirkten, daß die Textilindustrie schon Ende der zwanziger Jahre existentiell bedroht war. 1929/30 lagen in Gladbach-Rheydt sieben Textilfirmen völlig still, die übrigen waren nur zu 70 Prozent ausgelastet, während gleichzeitig große Mengen Textilien nach Deutschland importiert wurden (z.B. 331 342 dz Garne im Jahre 1929). Durch die große Abhängigkeit von der Textilbranche geriet die Stadt während der Wirtschaftskrise in erhebliche finanzielle Nöte.

Arbeitsdienst beim Vorbeimarsch am Landgericht am 29. 5. 1937

Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge
(auf 1 000 Einwohner)

	1.7.1929	28.2.1930
Gladbach-Rheydt	41,6	54,1
Aachen	26,1	37,0
Köln	24,8	36,3

Im Jahr der nationalsozialistischen Machtübernahme betrug die Zahl der Erwerbslosen in M.Gladbach 8,1 Prozent der Bevölkerung. Die Propaganda der NSDAP versprach den Abbau der Arbeitslosigkeit. Und tatsächlich fanden im Rahmen von öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen viele Arbeitslose Beschäftigung, auch in M.Gladbach und Rheydt, zum Beispiel beim Straßenbau oder bei der Befestigung der Niers oder in der Landwirtschaft. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche betrug immerhin mit 11 529 ha 80 Prozent des gesamten Stadtgebietes. Trotz des raschen allgemeinen Aufschwungs während der ersten Jahre des NS-Regimes hatten weite Bereiche von Industrie und Gewerbe in unserem Raum noch erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Gegenüber den von der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik favorisierten Wirtschaftszweigen, wie z. B. der Rüstungsindustrie, blieb die Textilindustrie in ihrer Entwicklung deutlich zurück. Der Abbau der Arbeitslosigkeit erfolgte im Raum M.Gladbach nur zögerlich:

Jahr	Stadt M.Gladbach	Arbeitsamtsbezirk M.Gladbach (größer als das Stadtgebiet)
1933	8,1 %	26 720 Personen
1934	4,7 %	15 928 "
1935	4,7 %	13 171 "
1936	4,3 %	12 384 "
1937	3,1 %	9 924 "

Wegen der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage mußte sich die hiesige Industrie- und Handelskammer nachdrücklich um staatliche und kommunale Aufträge bemühen. Im Jahre 1936 wurde dann auch durch Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums das linksrheinische Gebiet als besonders auftragswürdig anerkannt.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik führte zu drastischen Eingriffen in die Lohn- und Preisbildung. Nach Beseitigung der Gewerkschaften gab es keine autonomen Tarifverhandlungen mehr. Vielmehr wurden die Löhne von der Deutschen Arbeitsfront gemäß den Vorgaben des Vierjahresplans festgesetzt. Auch die Preise wurden – mit regionalen Schwankungen – zentral festgelegt.

Für das Handwerk, das an die Mittelstandsparolen des Nationalsozialismus große Erwartungen geknüpft hatte, brachte das „Gesetz zur Neuordnung des Handwerks" vom 29. November 1933 eine grundlegende Änderung seiner Organisationsstruktur. Es mußten nun überall Zwangsinnungen eingeführt werden. In den Vorständen der einzelnen Innungen wurde das „Führerprinzip" eingeführt. Durch Auflagen, wie z.B. eine genaue Buchführung, waren einige Betriebe allerdings so stark überfordert, daß sie zur Aufgabe des Geschäftes gezwungen waren.

Neues Präsidium der IHK 26. Mai 1933

Die jüdischen Betriebe und Geschäfte wurden „arisiert", auch in M.Gladbach und Rheydt, so zum Beispiel das Warenhaus Leonhard Tietz, das dann zur Westdeutschen Kaufhof AG umgewandelt wurde.

Um eine Leistungssteigerung zu erreichen, wurden mit großem progandistischem Aufwand Wettbewerbe unterschiedlicher Art abgehalten. Für Betriebe gab es Wettbewerbe um die Bezeichnung „NS-Musterbetrieb", für die Beschäftigten gab es die „Reichsberufswettkämpfe", im Krieg die „Kriegsberufswettkämpfe". Die Deutsche Arbeitsfront ermittelte die „NS-Musterbetriebe" nach folgendem Grundsatz: „Das Bestreben der

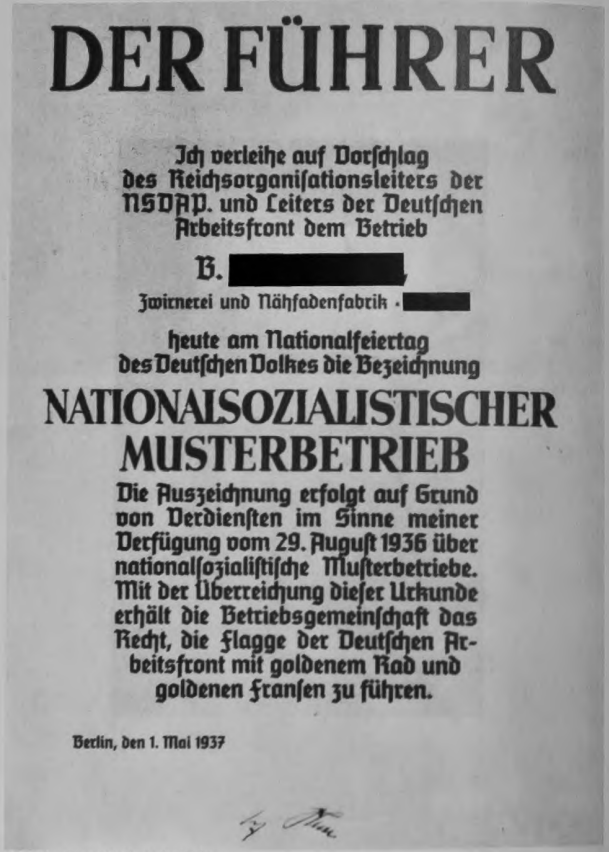
Erste Sitzung der neugewählten IHK M.Gladbach, Rheydt und Neuss am 26. Mai 1933

„Nur wer dauernd nach Höchstleistung strebt, kann sich in der Welt durchsetzen"

ADOLF HITLER

Mittagstisch der Gefolgschaft in einem NS Musterbetrieb

Deutschen Arbeitsfront ist nicht gerichtet auf die Garantierung betrieblicher freiwilliger sozialer Leistungen irgendwelcher Art, sondern allein auf die Sicherung einer gesunden betrieblichen Menschenbetreuung". Eine goldene Fahne und eine Urkunde waren sichtbare Zeichen eines „NS-Musterbetriebs". In M.Gladbach wurden u.a. folgende Betriebe ausgezeichnet: Metzgerei Plum, REWE Lebensmittel GmbH/Alleestraße, Kabelwerke, Gladbacher Wollindustrie.



DER FÜHRER

Ich verleihe auf Vorschlag des Reichsorganisationsleiters der NSDAP. und Leiters der Deutschen Arbeitsfront dem Betrieb

B. [redacted],

Zwirnerei und Nähfadenfabrik · [redacted]

heute am Nationalfeiertag des Deutschen Volkes die Bezeichnung

NATIONALSOZIALISTISCHER MUSTERBETRIEB

Die Auszeichnung erfolgt auf Grund von Verdiensten im Sinne meiner Verfügung vom 29. August 1936 über nationalsozialistische Musterbetriebe. Mit der Überreichung dieser Urkunde erhält die Betriebsgemeinschaft das Recht, die Flagge der Deutschen Arbeitsfront mit goldenem Rad und goldenen Fransen zu führen.

Berlin, den 1. Mai 1937

Urkunde eines NS-Musterbetriebes

Die Zwangsmaßnahmen und planmäßigen Einwirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben erleichterten nach Ausbruch des Krieges eine rasche Umstellung vieler Betriebe auf kriegswirtschaftliche Verhältnisse.

Wehwalt Masson

„Wir wollen einen deutschen Künstlertyp züchten, der bewußt und offen, mit Stolz und Eigenart den Aufgaben dient, die die Zeit uns gegeben hat." (Joseph Goebbels zur Eröffnung der Reichskulturkammer am 15.11.1933)

Kulturelles Leben

Dem Nationalsozialismus galten „Zucht" und „Dienst" als oberste Maßstäbe auch für die kulturellen Einrichtungen Theater, Konzertwesen, Museen, Büchereien, Presse, Radio, Kino, Vereine und Brauchtum. Sie alle wurden im Dritten Reich als Propaganda- und Indoktrinationsmittel mißbraucht. Welche Auswirkungen hatte das für das kulturelle Leben im Bereich des heutigen Mönchengladbach?

Unerläßlich für die Propagierung der nationalsozialistischen Kulturanschauung war die Gleich- und Ausschaltung der nicht genehmen Presseorgane. Nach dem Ankauf der „Gladbach-Rheydter-Zeitung" im Mai 1933 und der Übernahme der zentrumsnahen „Westdeutschen Landeszeitung" im Oktober 1933 durch den „Völkischen Verlag" wurde das nationalsozialistische Kampfblatt „Volksparole" (ab 1935 „Rheinische Landeszeitung") das weitgehend konkurrenzlos führende Presseorgan im Raume M.Gladbach.

Zur Funktionalisierung des Kulturbereichs wandten die Nationalsozialisten vor allem zwei Methoden an: Zwang und Werbung. Der Zwangsorganisation Reichskulturkammer, durch Reichsgesetz am 22.9.1933 geschaffen, mußten unter ihrem Präsidenten Goebbels auch Gladbacher und Rheydter „Kulturerzeuger" angehören. Eine künstlerische Betätigung in der Öffentlichkeit war ohne Mitgliedschaft in der Reichskulturkammer nicht mehr möglich.

Die „Kulturverbraucher" sollten möglichst umfassend in der Freizeitorganisation „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude" und der Besucherorganisation „NS-Kulturgemeinde" zusammengefaßt werden. Bis zur Einrichtung der zentralen NS-Kulturorganisationen Reichskulturkammer und „Kraft durch Freude" Anfang 1934 bestimmte in M.Gladbach so wie an anderen Orten vor allem der völkisch radikale „Kampfbund für deutsche Kultur" die nationalsozialistische Kulturpolitik und -werbung. So wurde das städtische Orchester 1933/34 vorübergehend zum „Kampfbund-Orchester" umfunktioniert. Später führte die Stadt die städtischen Konzerte in Verbindung mit „Kraft durch Freude" durch.

Da sich der Konzertbereich nur bedingt als Indoktrinationsinstrument mißbrauchen ließ, gelang es den städtischen Musikdirektoren Gelbke (bis 1938) und Anraths (1939–1944), einen Teil des künstlerischen Freiraums für das Musikleben zu erhalten. Wenn auch „jüdische" oder „entartete" Komponisten, wie Mendelsohn, Mahler, Schönberg und Hindemith, verboten waren, setzte Anraths noch 1944 eine Aufführung der Matthäuspassion gegen den Widerstand der Kreisleitung („Judenbuch"), durch.

Das Theater wurde seit Mitte 1933 in eine von der Stadtverwaltung, der NSDAP und ihren Kulturorganisationen inszenierte, spektakuläre Um- und Aufbruchstimmung versetzt. Durch Mitwirkung am Rheydter Schloßfest (September 1933), eine Theaterausstellung und Werbewoche (Ende 1933), eine Festwoche (Januar 1934) und großaufgemachte Zeitungsartikel wollte man besonders den einfachen Bürger für diese Kultureinrichtung interessieren. Intendant F. Kranz (1930–1933), der das 1929/30 vereinigte Stadttheater Gladbach-Rheydt als Genossenschaftstheater über die wirtschaftlich schwierige Zeit hinweg gerettet hatte, wurde abgelöst durch H.G. Schmitt-Mutzbauer (1933/34), der anläßlich der Spielzeiteröffnung mit der „Heldentragödie" Albert L. Schlageters: „Düsseldorfer Passion" und den „Meistersingern" in der „Volksparole" (30.9 1933) eine programmatische Erklärung abgab:

„Im neuen Staate hat das Theater eine andere Aufgabe zu erfüllen als bisher. Gemeinsam mit Schule und Kirche hat es ein neues, deutsches Kulturideal zu schaffen und das nationalsozialistische Weltbild zu festigen. Ich stelle an den Anfang der Spielzeit das Wort des Führers: „Der Künstler findet nur im Nationalsozialismus seine verlorene Kraft wieder!"

Der nachfolgende Intendant R. Ziegler (1934–1937) stellte einen nationalbetonten Spielplan auf. Es wurden Schauspiele wie „Jugend von Langemarck" (1934), „Thomas Paine" von H. Johst (1936), „Ein preußischer Offizier" von E. Stimmel (1937) und „Friedrich der Große" als Gastspiel mit Otto Gebühr (1934) aufgeführt. Mit Feiern im Stadttheater zum Geburtstag von Goebbels, zum „Führergeburtstag", zum Jahrestag der „Machtergreifung" und zu Besuchen der Familie Goebbels im Stadttheater Rheydt betrieb Ziegler einen NS-Personenkult. Unter Verzicht auf erfolglose NS-Propagandaschauspiele warben die Nachfolger E. A. Winds (1937–1941) und E. Schumacher (1941–1944) wieder stärker mit publikumswirksamen Unterhaltungsstücken, beliebten Operetten und Klassikern, die zur Zerstreuung und Ablenkung des Publikums angesichts der politischen Ereignisse besonders im Krieg vorrangig wurden.

Magda Goebbels und Intendant Ziegler. Heft 6 der Westdeutschen Bühnenblätter 1935/36

Vaterstädtische Festspiele 1934: „Kraft durch Freude" – Wagen vor dem Haus der Volksparole, Lüpertzender Straße 161/163

Auch die anderen städischen Kulturinstitute wurden im nationalsozialistischen Sinne umgestaltet. Als neuer Leiter der städtischen Volksbildungseinrichtungen nahm der Pg. J. Koenzgen 1933/34 dort eine Dreigliederung vor unter Umbenennung des Peltzerhauses (Bismarckstraße. 99, heute VHS) in „Haus für Wissenschaft und Volksbildung" mit Stadtbibliothek und verschiedenen Sammlungen, des Kühlenhauses (Bismarckstraße 97, Städt. Museum) in „Haus für Heimatpflege und Familienforschung" und des Karl-Brandts-Hauses (Am Kaiserplatz, heute zerstört) in „Haus der Kunst". Aus dem „Haus der Kunst" wurde Ende 1937 mit 72 expressionistischen Kunstwerken der allergrößte Teil der Kaesbach-Stiftung als „entartete Kunst" zur Verschleuderung im Ausland oder Vernichtung beschlagnahmt.

Die Nationalsozialisten stellten auch das Brauchtum im Raum M.Gladbach mit unterschiedlichem Erfolg in den Dienst ihrer Ziele. Den neuen Karneval und Stadtschützenfeste propagierten sie im Zeichen von „Kraft durch Freude". Ganz besonders die sommerlichen „Vaterstädtischen Festspiele" (1933–1937) mit ihren sportlichen Wettkämpfen, Schauveranstaltungen und Massenaufzügen wurden im Sinne der biologisch-rassistischen NS-Weltanschauung als umfassende Teilnahme des einzelnen

Vaterstädtische Festspiele 1935: Beim Absingen des Horst-Wessel-Liedes

Stadtschützenfest Mai 1937: NSDAP-Kreisleiter Keyssner schreitet die Schützenfront ab

Volksliedersingen am 18. 11. 1937

Bürgers an kulturellen oder sportlichen Massenveranstaltungen ausgerichtet. Selbst Veranstaltungen für die älteren Bürger und Volksliedersingen wurden vom parteipolitisch-ideologischen Dienst bestimmt. Zur abschließenden Veranschaulichung der Gleichschaltung des alltäglichen kulturellen Lebens unter dem Nationalsozialismus kann man am Beispiel des Männergesangvereins „Liedertafel" aufzeigen, wie NS-Staat und Partei in das Vereinsleben des „kleinen Bürgers" eingriffen, es „gleichschalteten" und auch gegen Widerstand reglementierten.

Die NSDAP-Kreisleitung bestimmte den Pg. H. Schwan zum neuen Kreissängerführer des im August 1933 gleichgeschalteten Westdeutschen Sängerbundes. Schwan versuchte dann unter Einführung des „Führerprinzips" die „Liedertafel" gleichzuschalten, indem er sich selbst als Kreissängerführer zum Vereinsführer der Liedertafel bestimmte (April 1934). Da der überwiegende Teil der Vereinsmitglieder mit dieser Maßnahme nicht einverstanden war, setzte nunmehr der hiesige Polizeipräsident (!) den Pg. Schwan als Vereinsführer für die Liedertafel ein (April 1934). Trotz dieser Maßnahme wählte die Generalversammlung des Vereins im Juni 1934 Dr. Porzelt einstimmig zum Vereinsführer. Der „Kampfbund für deutsche Kultur" und die Reischsmusikkammer forderten Auskunft und gleichzeitig den Eintritt des Vereins in die Künstlerorganisation.

Erst nachdem der Kreissängerführer Schwan Porzelt seines Amtes enthoben hatte, wählte die erneut einberufene Generalversammlung J. Franken zum „kommissarischen" Vereinsführer (November 1934). Im folgenden Jahr 1935 konsolidierte sich schließlich der Verein politisch durch seine Einbindung in den NS-Staat. So genehmigte die Reichsmusikkammer Konzerte, nahm die NS-Kulturgemeinde die „Liedertafel"-Konzerte in ihren Terminkalender auf und gab die Generalversammlung des Vereins am 5.9.1935 zu Protokoll, „treu zu unserem Führer und Kanzler Adolf Hitler und zu seiner Regierung zu stehen. Nach einem dreifachen „Sieg-Heil" auf unseren Führer sang der Verein noch das Deutsche Lied und beendete damit die Hauptversammlung."

Guido Müller

„Die Erziehung der Jugend ist ein unveräußerliches Hoheitsrecht des Staates" (Baldur von Schirach)

Familie und Jugend

Es war das erklärte Ziel der Nationalsozialisten, aus dem deutschen Volk ein den anderen Völkern überlegenes „Herrenvolk" zu züchten. Hierbei wurden der Jugend als „Garant der Zukunft" und deren Erziehung besondere Bedeutung beigemessen. Schule und Erziehung waren in diese Zielsetzung eingebunden. Neben den bestehenden staatlichen Erziehungsinstitutionen griff im nationalsozialistischen Staat vor allem die Hitler-Jugend immer mehr in den Alltag von Familie und Schule ein.

Um die rassistische nationalsozialistische Weltanschauung zu verwirklichen, wurde die Freiheit des einzelnen – auch bei Partnerwahl und Familienplanung – durch Gesetze und Verordnung eingeschränkt. Die Familie als „heiliger Ort deutscher Kraft" (Hans Frank) sollte „arischen Blutes" sein. So mußte ab Oktober 1935 jedes Brautpaar dem Standesamt eine Bescheinigung über seine „Ehetauglichkeit" vorlegen. Sie enthielt den Nachweis über körperliche und geistige Gesundheit der Ehebewerber sowie deren „arische" Abstammung. Diese Maßnahme hatte zum Ziel, einerseits die für die „Volksgemeinschaft" unerwünschten Ehen zwischen Juden und Nichtjuden zu verhindern und andererseits nur „erbgesunden Nachwuchs" zu dulden.

Als finanzielle Anreize zur Familiengründung wurden Ehestandsdarlehen in Höhe von bis zu 600 RM angeboten. Zwischen 1933 und 1937 erfüllte im Schnitt aber nur jedes vierte Ehepaar die dafür geforderten Voraussetzungen. Durch die Verleihung eines „Mutterkreuzes", das vom „Führer" ab 1939 an Mütter vergeben wurde, sollte ein weiterer, psychologischer Anreiz geschaffen werden. Der Orden wurde in drei Stufen verliehen: in Gold für 8 und mehr Kinder, in Silber für 6 oder 7 Kinder, in Bronze für 4 oder 5 Kinder. Der Orden mit dem Hakenkreuz in der Mitte und der Schriftumrandung „Das Kind adelt die Mutter" wurde an einem Ordensband um den Hals oder mit einem Schleifchen am Kleid oder Jackenrevers getragen. Diese und ähnliche in propagandistischer Absicht erteilten Ehrungen, wie zum Beispiel die Einführung eines „Muttertages", dürfen dem Regime bei vielen Müttern Sympathie verschafft haben. So wurde auch in der Gladbach-Rheydter Zeitung mehrfach und in großer Aufmachung über Mutterkreuzverleihungen berichtet. Durch den Arbeitseinsatz der Frauen im Krieg wurde freilich die auf Bindung der Frauen an „Heim und Herd" bedachte nationalsozialistische Frauen- und Familienideologie in der Praxis in ihr Gegenteil verkehrt.

Im Namen des Deutschen Volkes

verleihe ich

Josefine W[redacted],
geb. W[redacted],
M. G l a d b a c h,
Waldhausenerstraße 44

die dritte Stufe
des
Ehrenkreuzes der Deutschen Mutter

Berlin, den 1. Oktober 1939

Der Führer

Meisner

Aus einem Familienalbum; Träger des Mutterkreuzes

Nach der Devise „Du bist nichts, dein Volk ist alles" sollte das Individuum den Interessen der „Volksgemeinschaft" unterworfen werden. Dies äußerte sich auch in einer Vielzahl von Aktionen und Sammlungen. Wer sich ihnen entzog, lief Gefahr, als „Volksschädling" gebrandmarkt zu werden. Ein Beispiel für eine derartige Spendenaktion war das „Eintopfessen". Jede Familie sollte einmal im Monat statt des üblichen Sonntagessens einen Eintopf zubereiten und die Differenz im Preis dem Winterhilfswerk spenden. Überwacht wurde diese Aktion vom jeweiligen Blockleiter, der die Aufgabe hatte, die politische und soziale Kontrolle der Bewohner seines Wohnblocks auszuüben.

„Deutschheit" als Erziehungsziel der höheren Schulen hatte Hitler schon in „Mein Kampf" erläutert: „Der völkische Staat muß von der Voraussetzung ausgehen, daß ein zwar wissenschaftlich gebildeter, aber gesunder Mensch mit gutem festen Charakter, erfüllt von der Entschlußfreudigkeit und Willenskraft, für die Volksgemeinschaft wertvoller ist, als ein geistreicher Schwächling". Der Gedanke „körperliche Tüchtigkeit" kontra „Intellektualismus" bestimmte auch die Lehrpläne der Schulen. Körper- und Erlebniserziehung waren von größerer Bedeutung als die traditionelle Bildungserziehung. Boxsport, Kampfspiele, Sport allgemein standen im Vordergrund. Religion und Fremdsprachen wurden dagegen im Lehrplan einge-

schränkt. „Wissenschaftliche Schulung" meinte u.a. Nationalstolz, Rassenreinheit, Nationalbegeisterung und Wehrtüchtigkeit. Feiern, wie der „Tag der Machtergreifung", der „Tag der Wehrmacht", „Führers Geburtstag", wurden in die ideologische Schulung und Erziehung aufgenommen.

Ebenso wie seit dem 14. Juli 1933 nur noch die NSDAP als einzige politische Partei in Deutschland zugelassen war, sollte auch die Hitler-Jugend die einzige Jungendorganisation im nationalsozialistischen Staat sein. Mit ihrem Angebot an Freizeitgestaltung (z.B. Geländespiele und Lagerleben, Segelflug in der Flieger-HJ, Motorradfahren in der Motor-HJ, Reiten in der Reiter-HJ) sollten die Jugendlichen für die Hitler-Jugend gewonnen werden. Wenn auch die Mitgliederzahlen nach 1933, vor allem durch geschlossene Übertritte einzelner Jugendorganisationen, sprunghaft anstiegen, die Erwartungen der nationalsozialistischen Jugendführung wurden trotz Propaganda und Terror gegen einzelne oder Gruppen nicht erfüllt. Bis 1936 hatte sich nicht mehr als die Hälfte aller Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren in der Hitler-Jugend zusammengefunden.

Gesetz über die Hitlerjugend.

Vom 1. Dezember 1936.

Von der Jugend hängt die Zukunft des Deutschen Volkes ab. Die gesamte deutsche Jugend muß deshalb auf ihre künftigen Pflichten vorbereitet werden.

Die Reichsregierung hat daher das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebietes ist in der Hitlerjugend zusammengefaßt.

§ 2

Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen.

§ 3

Die Aufgabe der Erziehung der gesamten deutschen Jugend in der Hitlerjugend wird dem Reichsjugendführer der NSDAP übertragen. Er ist damit „Jugendführer des Deutschen Reichs". Er hat die Stellung einer Obersten Reichsbehörde mit dem Sitz in Berlin und ist dem Führer und Reichskanzler unmittelbar unterstellt.

§ 4

Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt der Führer und Reichskanzler.

Berlin, den 1. Dezember 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

Wie überall im Reich versuchten in Rheydt und M.Gladbach insbesondere die konfessionell orientierten Jugendgruppen ihre Selbständigkeit zu erhalten. Verhaftungen und Repressalien waren auch hier die Folge.

Mit dem „Gesetz über die Hitler-Jugend" vom 1. Dezember 1936 wurde schließlich die gesamte deutsche Jugend zur „Staatsjugend" zusammengefaßt. Damit war für jeden Jungen und jedes Mädchen ab dem 10. Lebensjahr die Mitgliedschaft in den nationalsozialistischen Jugendorganisationen Pflicht. Die Hitler-Jugend wurde damit als dritte erzieherische Instanz neben und in der Tendenz sogar über Schule und Elternhaus gesetzt. Weltanschauliche Schulung und „Wehrertüchtigung", d.h. Vorbereitung auf den späteren Militärdienst, waren die Schwerpunkte der erzieherischen Tätigkeit der HJ.

Appell der HJ in der Radrennbahn 18.6.1939

Besonders stark waren die Eingriffe der Hitler-Jugend während des Krieges. Mit der „erweiterten Kinder-Land-Verschickung" wurden die Schulkinder mit Einverständnis der Eltern aus bombengefährdeten Gebieten in weniger gefährdete Gebiete in Lagern untergebracht. Der Aufenthalt – ein verstärkter HJ-Dienst, dem sich niemand entziehen konnte – dauerte oft Monate, der Schulunterricht blieb Nebensache.

Rangstufen in der HJ (Stand 1942):

HJ	BDM
Reichsjugendführer	—
Stabsführer	BDM-Reichsreferentin
Obergebietsführer	—
Gebietsführer	Gebietsmädelführerin
Hauptbannführer	—
Oberbannführer	Hauptmädelführerin
Bannführer	—
Stammführer	Mädelringführerin
Hauptgefolgschaftsführer	—
Obergefolgschaftsführer	—
Gefolgschaftsführer	Mädelgruppenführerin
Oberscharführer	—
Scharführer	Mädelscharführerin
Oberkameradschaftsführer	—
Kameradschaftsführer	Mädelschaftsführerin
Rottenführer	—
Hitlerjunge	Mädel

Die unteren Rangstufen für Jungvolk und Jungmädel bei vereinfachter Kriegsorganisation:

DEUTSCHES JUNGVOLK	JUNGMÄDEL
Fähnleinführer	Jungmädelgruppenführerin
Oberjungzugführer	—
Jungzugführer	Jungmädelscharführerin
Oberjungenschaftsführer	—
Jungenschaftsführer	Jungmädelschaftsführerin
Hordenführer	—
Pimpf	Jungmädel

Klose, Werner, S. 278.

Seit Beginn des Krieges waren die Aufgaben der Schüler im „Dienst des Staates" und der „Volksgemeinschaft" gewachsen.

Flakhelfer und Flaksoldaten in der Stellung

Waren die Schüler der Oberstufe zunächst nur als „Luftschutzhelfer" unterwiesen und eingesetzt gewesen, so wurden sie ab Dezember 1942 als Ersatz für aktive Flaksoldaten als „Flakhelfer" oder beim Küstenschutz als „Marinehelfer" herangezogen. Obwohl sie noch stundenweise zum Unterricht gingen, waren sie schon Soldaten. Gegen Ende des Krieges wurden zudem die unteren Jahrgänge der Schüler als HJ-Verbände zu Schanzarbeiten am Westwall gezwungen. Zahlreiche Schüler wurden bei ihrem Kriegseinsatz verwundet oder getötet.

Schulunterricht bei den Flakhelfern. Lehrer Karl Mohr bei der Pause (Sommer 1943)

Beate Korsten

„Antisemitismus ist gewissermaßen der gefühlsmäßige Unterbau unserer Bewegung." (Programm der NSDAP)

Judenverfolgung

Nach den statistischen Unterlagen der Stadt gab es 1932 in Gladbach-Rheydt 1195 Bürger israelitischen (d.h. jüdischen) Glaubens.

Die meisten jüdischen Familien waren schon seit mehreren Generationen hier ansässig. Sie fühlten sich als Deutsche, die ihren „Dienst fürs Vaterland" im ersten Weltkrieg geleistet hatten und stolz auf ihre Heimat waren. Traditionsgemäß betrieben sehr viele Juden Handel. Aber auch Handwerker, wie Metzger, Bäcker, Klempner und Weber sowie Textilfabrikanten, finden sich in den Verzeichnissen jüdischer Betriebe und Geschäfte.

Auch nach der Machtübernahme durch Hitler wollten die meisten Juden zunächst nicht glauben, daß die rassistische NS-Politik ernst zu nehmen sei oder gar zur offiziellen deutschen Staatspolitik gemacht werden könnte. Die Situation änderte sich aber sehr schnell. Auf zwei Ebenen setzte eine immer stärker werdende Einengung der Lebensmöglichkeiten für die Juden ein: Schlägerterror und Verunglimpfung auf der einen und verwaltungsmäßig-gesetzgeberische Maßnahmen auf der anderen Seite. Der erste Schock war der für den 1. April 1933 von der Reichsleitung der NSDAP ausgerufene Boykott gegen „jüdische Geschäfte, jüdische Waren, jüdische Ärzte und jüdische Rechtsanwälte". Auch in Gladbach-Rheydt hingen Plakate mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden" an den jüdischen Geschäften, und SA-Posten verwehrten Kunden den Zutritt. Parallel dazu ordnete der Oberbürgermeister der Stadt Gladbach-Rheydt am 31.3.33 an, keine öffentlichen Aufträge mehr an jüdische Geschäfte, Firmen und Rechtsanwälte zu vergeben.

Die Aktionen hatten bereits einigen Erfolg. Wie ein Betroffener berichtete, wandelten sich Freunde zu Fremdlingen und wurden Grüße nicht mehr erwidert. Um schließlich die verbleibenden Kunden vom Kauf in jüdischen Geschäften abzuhalten, wurden in der Folgezeit immer häufiger Kundinnen fotografiert und in der Zeitung angeprangert: „Sie kaufte beim Juden".

Die schwindenden Möglichkeiten, sich geschäftlich über Wasser zu halten, und die gleichzeitig immer zahlreicher werdenden Berufsverbote für „Nicht-Arier" veranlaßten viele Juden dazu, auszuwandern. In diesem Zusammenhang gingen zahlreiche Geschäfte und Unternehmen – oft erheblich unter Marktpreis – in den Besitz von „Ariern" über. Aber nicht nur im geschäftlich-beruflichen, sondern auch im privaten Bereich nahmen die Einschränkungen zu. So wurde z.B. am 25.5.1935 die Benutzung des Volksbades und des Kaiserbades und am

Sie kaufte beim Juden!

Foto: Kils

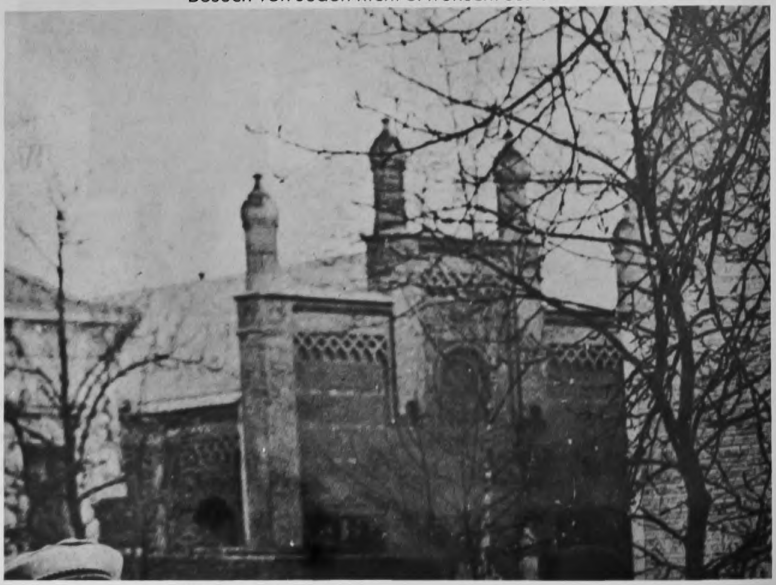
Sie können's nicht lassen. Auch hier wieder ein Bild: Sie bringt ihr Geld zum Juden Bellerstein, statt deutsche Kaufleute in ihrem schweren Kampf gegen Warenhaus und Judentum zu unterstützen.

Volksparole 5.8.1935

24.7.1935 die Benutzung der Beller Mühle und des Stadtbades Rheydt für Juden verboten.

Erster Höhepunkt der scheinlegalen Unterdrückung wurden die auf dem Nürnberger Parteitag am 15. September 1935 verkündeten Rassegesetze. Durch das „Reichsbürgergesetz" wurden die Juden zu Bürgern 2. Klasse gestempelt, und durch das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" wurden sie gesellschaftlich isoliert und moralisch gebrandmarkt: „Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten." Die juristischen Definitionen, wer „Jude", „Halbjude" oder „Vierteljude" sei, wurde von einigen als größere Rechtssicherheit empfunden. Sie erwiesen sich jedoch als Instrument, Menschen auszusondern, die bis zur Vernichtung verfolgt wurden.

Seit 1936 sollten jüdische Schüler von weiterführenden Schulen verwiesen werden. Vom Humanistischen Gymnasium wurde jedoch berichtet, daß Gymnasialdirektor Giesing – ebenso wie Studienrat Darius – sich lange Zeit geweigert hatten, dieser Anordnung zu folgen. Beide verloren ihre Stellung. Am 4.9.1936 beschloß der Rat der Stadt M.Gladbach einmütig, „in sämtlichen städtischen Gaststätten Schilder anzubringen, daß der Besuch von Juden nicht erwünscht sei".



Die Synagoge in Rheydt

Das Ende des Jahres 1938 brachte eine weitere Eskalation der Entrechtung der Juden. Durch Verordnung wurden jüdische Männer verpflichtet, zusätzlich zu ihrem Vornamen den Namen „Israel" zu führen, Frauen mußten den Namen „Sara" hinzufügen.

Die Synagoge in M.Gladbach (Innenansicht)

Für jedermann sichtbar schließlich war der organisierte Judenpogrom am 9./10. November 1938. In der sog. „Reichskristallnacht" wurden jüdische Geschäfte zerstört und geplündert und jüdische Wohnungen demoliert. So berichteten mehrere Zeitzeugen, daß auf der Albertusstraße ein Flügel aus dem Fenster eines Hauses geworfen wurde. Während die Synagogen in M.Gladbach und Rheydt völlig niederbrannten, wurden in der Synagoge in Odenkirchen Fenster, Türen und Inneneinrichtung zertrümmert. Am 17.1.39 schrieb der Polizeipräsident an den Oberbürgermeister in Rheydt: „Die Synagoge in Rheydt verunstaltet in ihrem ausgebrannten Zustande das Straßenbild und bedeutet gleichzeitig eine Gefahr für die angrenzenden Nachbarhäuser sowie für den Straßenverkehr... Da eine Wiederherstellung der Synagoge aus staatspolitischen Gründen selbstverständlich ausscheidet, bitte ich,... für eine alsbaldige Niederlegung der Gebäudereste Sorge zu tragen".

Die Reichsregierung erließ am 12.11.1938 eine „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben," die folgendes regelte: „Alle Schäden, die durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber... Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt".

Die am gleichen Tage erlassene „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" verbot ab 1.1.1939 den selbständigen Betrieb von Handel oder Handwerk, ermöglichte bei leitenden Angestellten eine Kündigung bei Verlust von Versorgungsansprüchen und schloß die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft aus. Die Durchführung dieser Verordnung wurde in M.Gladbach entschlossen vorangetrieben. „Das Tempo der gewerblichen Entjudung führte dazu, daß bereits am 20.3.1939 nur noch ein einziger jüdischer Gewerbebetrieb in M.Gladbach vorhanden war, dessen Entjudung aber mittlerweile auch schon durchgeführt ist" (Bericht über die Verwaltungsentwicklung seit 1933 vom 4.10.1940). Der gleiche Bericht erwähnt auch das Bemühen der Verwaltung, Juden „durch leichten Druck" in ihrem Wohnraum einzuschränken: „Die ganze Judenschaft wurde mit Ausnahme von 6 Familien, die noch in arischen Häusern wohnen, in 32 Judenhäusern (133 Familien mit 292 Personen) zusammengerückt".

Ein solches Judenhaus war auch auf der Horst-Wessel-Straße 80 (heute: Friedrich-Ebert-Straße). Aus dem Hausbuch ist ersichtlich, daß hier bis 1937 überwiegend junge jüdische Frauen in hauswirtschaftlicher Ausbildung gewohnt hatten. 1937 zogen immer mehr alte Juden ein. Von einem jüdischen Bürger, der aus M.Gladbach ausgewandert war, wurde das Haus als „Altersheim" angesehen, in dem er seinen Vater sicher unterzubringen hoffte. Daß seine Hoffnung falsch war, sollte sich später herausstellen: Am 24.7.1942 wurde sein Vater zusammen mit 44 anderen Bewohnern des Hauses nach Theresienstadt deportiert. Unter der Rubrik „neue Wohnung" ist im Hausbuch bei all diesen vermerkt „unbekannt wohin verzogen". Zurückgekehrt ist nach heutigem Erkenntnisstand keiner.

Der Entzug jeglicher Lebensmöglichkeiten, selbst der elementarsten Bedürfnisse wie Essen und Kleidung, die Kennzeichnung als „Jude" durch den Judenstern, den ab 1.9.1941 alle Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet hatten, tragen mußten, wenn sie sich in der Öffentlichkeit zeigten, bis hin zur physischen Vernichtung im Rahmen der nationalsozialistischen „Endlösung der Judenfrage" traf auch die Juden in M.Gladbach und Rheydt in voller Härte. Ein Entkommen gab es nur, wenn man unter-

Bewohner des jüdischen „Altersheims" Horst-Wessel-Straße 80 (5.6.1939)

tauchte. Einige versuchten das im grenznahen Holland, andere hatten das „Glück", daß es auch noch Bürger gab, die sich dem antijüdischen Terror nicht anschlossen und die unter eigener Lebensgefahr Juden versteckt hielten.

1946 gab es in M.Gladbach noch 25 und in Rheydt noch 43 jüdische Bürger, die dem Holocaust entronnen waren.

Wilfried van Wingerden

„Der nationalsozialistische Staat ist auf unbedingten Gehorsam, Disziplin und Unterordnung unter den Willen des Führers aufgebaut." (Reichsminister Dr. Frick)

Widerstand und Verfolgung

Die Nationalsozialisten haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie keinerlei Opposition dulden würden. Auch in Rheydt, M.Gladbach und Wickrath versuchten die Nationalsozialisten, jede Form von Widerstand mit den Mitteln des Terrors zu brechen.

Unmittelbar nach der Machtübernahme wurden die ersten Verhaftungen durchgeführt. Sie richteten sich fast ausschließlich gegen den politischen Gegner aus der Weimarer Zeit, also hauptsächlich gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter. Wenn die Verhafteten „Glück" hatten, kamen sie ins Polizeigefängnis Spatzenberg und danach ins Gefängnis

Polizeigefängnis Spatzenberg 1934

am Landgericht, wo sie zumindest die Hoffnung haben konnten, nach einiger Zeit ohne Folterungen wieder frei zu kommen oder – jedenfalls bis 1934 – ein ordentliches Verfahren zu bekommen.

Häufig ging aber die SA, die als „Hilfspolizei" eingesetzt war, selbständig und willkürlich mit „Inschutzhaftnahmen" vor. Das konnte durchaus auch nach Verbüßen einer Strafe erfolgen,

wenn die von der Gestapo erstellte „Prognose" über das künftige Verhalten ungünstig ausgefallen war. Die Verhafteten wurden dann in den auch für M.Gladbach und Rheydt nachgewiesenen sogenannten „Blutkellern" festgehalten. Einer dieser

Das Gebäude der NSDAP-Kreisleitung bei der Übergabe am 18. 6. 1938

Keller, in denen auch gefoltert wurde, befand sich in dem späteren Haus der NSDAP-Kreisleitung auf der Kaiserstraße.

Durch die Presse erfuhren die Bürger gelegentlich von der Festnahme von „Volksverrätern", „Volksschädlingen" oder „Hetzern".

Eine Propaganda-Serie zu Beginn des Jahres 1934 in der nationalsozialistischen „Volksparole" über das Konzentrationslager Oranienburg sollte den Eindruck erwecken, als würden die „Volksschädlinge" durch Arbeit und Disziplin zur Eingliederung in die „Volksgemeinschaft" umerzogen. Zugleich erschienen in der Zeitung Drohungen mit dem Konzentrationslager, die der psychologischen Abschreckung dienen sollten.

Bald wurde der Unterdrückungsapparat institutionalisiert. Die Geheime Staatspolizei errichtete auf der Kyffhäuserstraße/ Ecke Windhorststraße eine Außenstelle der Leitstelle Düsseldorf

und leitete gegen Hunderte von M.Gladbacher, Rheydter und Wickrather Bürgern Ermittlungen ein. Als Anlaß genügte oft schon das Auftauchen eines Flugblattes in der Nachbarschaft.

Windhorststraße mit Polizeipräsidium, hinten Gestapo-Gebäude im Jahr 1934

Daß die nationalsozialistische Propaganda nicht ihre Wirkung verfehlte, beweist die Tatsache, daß einzelne Bürger ihre Nachbarn, Arbeitskollegen, ja selbst Verwandte bei der Gestapo denunzierten. Nicht immer waren hierfür persönliche Mißgunst oder Rache ausschlaggebend, sondern häufig auch die Auffassung, damit zum Aufbau der „Volksgemeinschaft" beizutragen. Es waren auch nicht immer überzeugte Nationalsozialisten, die dies taten, sondern staats- und autoritätsgläubige Bürger, die glaubten, damit eine Pflicht der Gemeinschaft gegenüber zu erfüllen.

Dem nach außen gezeigten Bild einer harmonischen „Volksgemeinschaft" stand in der Realität des Dritten Reiches eine sehr unterschiedliche Skala von Verhaltensweisen der Bevölkerung gegenüber, die von begeisterter Teilnahme über freiwilliges Mitmachen, Anpassung, passive Hinnahme, Unmutshaltung, Verweigerung, bis hin zu aktivem Widerstand reichte. Nur wenige – zu wenige – vollzogen den gefährlichen Schritt zur konsequenten Oppositionshandlung.

Widerstandsgruppen und Einzelpersonen, seien sie politisch oder religiös-ethisch motiviert gewesen, entwickelten sehr unterschiedliche Aktionsformen: Flugblätter wurden erstellt oder über Holland eingeschleust; Zeitungen, wie die in Basel erschienene „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung" wurden auch nach M.Gladbach und Rheydt geschmuggelt; Gesprächskreise wurden im Untergrund organisiert; Predigttexte, wie zum Beispiel die des Bischofs von Galen, die sich mit Verfehlungen der SS oder dem Euthanasieprogramm auseinandersetzten, wurden in Kirchen verteilt usw. Namen, die im Rahmen solcher Widerstandsaktionen in den Gestapo- und Prozeßakten mit hohen Gefängnisstrafen, Ein-

Gefängnis am Landgericht M.Gladbach

berufung ins Strafbataillon 999 oder gar Todesstrafe auftauchten, sind zum Beispiel der Kommunist Ernst Eggerath, der

Sozialdemokrat Adam Romboy oder der aus der katholischen Jugendbewegung kommende Theo Hespers. Auch der spätere Oberbürgermeister der Stadt M.Gladbach Wilhelm Elfes, dessen Verbindungen bis in die Nähe der Männer des Widerstands vom 20. Juli reichten, ist hier zu nennen. Erwähnt sei noch der auf den ersten Blick unbedeutende Fall der Umbenennung der Albertusstraße (nach dem Theologen und Wissenschaftler Albertus Magnus) in Ludendorffstraße, der eine breite Protestwelle in der Bevölkerung auslöste.

Mut und Überzeugungstreue bewiesen auch die Zeugen Jehovas, die bereits 1937 in M.Gladbach durch Flugblätter auf die Lage ihrer Glaubensbrüder in den Konzentrationslagern und deren physische Vernichtung hinwiesen. Denunzianten- sowie Spitzeltum führten zunehmend zur Verängstigung der Bevölkerung. Nur im eng vertrauten Kreis wagte man noch kritische Bemerkungen. Dennoch gab es in M.Gladbach Bürger, die ihr Leben für andere aufs Spiel setzten. So wurde, z.B. im Rahmen dieses Projektes der VHS bekannt, daß eine M.Gladbacher Lehrerin während des ganzen Krieges eine Jüdin bei sich versteckt hatte und so unter eigener Lebensgefahr deren Leben retten konnte.

Helmut Richthammer

„Wollt Ihr den totalen Krieg?" (Joseph Goebbels)

Kriegsalltag

Als Hitler am 1. September 1939 in seiner vom Rundfunk übertragenen Reichstagsrede erklärte, daß „seit 5.45 Uhr zurückgeschossen" werde, war in M.Gladbach und Rheydt keine Begeisterung zu spüren. Zu viele Menschen hatten den vorangegangenen Friedensbekundungen Hitlers geglaubt. Es war nicht nur Angst, was diese Menschen bewegte, sondern auch Enttäuschung. Im lokalen Teil der gleichgeschalteten Presse wurde während der ersten Tage des Krieges auch auffallend wenig über zustimmendes Verhalten der Bevölkerung berichtet. Nationale Begeisterung kam erst nach den ersten Erfolgen mit den „Blitzsiegen" gegen Polen und Frankreich auf.

Bereits im August 1939 waren in M.Gladbach und Rheydt die ersten Kraftfahrzeuge zur Wehrmacht „beordert"worden. Seit 31. August gab es ein Wirtschafts- und Ernährungsamt zur Ausgabe von Bezugsscheinen, Kleiderkarten, Raucherkarten und Lebensmittelkarten. Rotes Kreuz, Gesundheitsamt, HJ und

Truppen auf dem Marsch zur Front
vom Alten Markt über die Dessauerstraße am 1.9.1939

BDM richten an vielen Stellen, so auch in der Villa Leiße in der Hubertusstraße in Rheydt, ein Lazarett ein. Verdunkelung

wurde angeordnet; Autos, Krafträder, Fahrräder durften bei Dunkelheit nur mit abgeblendetem Licht fahren. In der Nähe von Schulen, Bahnhöfen, Krankenhäusern usw. wurden Splittergräben zum Schutz vor Bomben- und Granatsplittern ausgehoben.

Am 3. September wurde die Bevölkerung durch den ersten Fliegeralarm aufgeschreckt. Aufklärer überflogen das Stadtgebiet und warfen Flugblätter ab. Im Verlauf des Krieges wurden die Fliegeralarme häufiger, wenn auch der durch vereinzelte Bombenabwürfe angerichtete Schaden zunächst noch

Käuferschlange am Alten Markt steht im Jahr 1940 für Tomaten an

gering war. Aber bereits 1941 zeigte sich, daß die Splittergräben als Schutz nicht ausreichend waren und die Errichtung von Luftschutzbunkern notwendig wurde. Keller wurden umgerüstet, Selbstschutzräume in öffentlichen Gebäuden und an Arbeitsstätten eingerichtet. Vielen Bürgern der Stadt wurde jetzt klar, welche reale Bedeutung dem kurz nach der Machtübernahme errichteten Amt für zivilen Luftschutz bei der Stadtverwaltung zukam und weshalb die seit November 1934 ständig durchgeführten Luftschutzübungen, die „Entrümpelung" der Speicher und Dachböden durch den Polizeipräsidenten angeordnet und überwacht worden waren: sie waren systematisch auf diesen Krieg vorbereitet worden.

Bau des Luftschutzbunkers am Kapuzinerplatz im Oktober 1941

1942 wurde ein Großangriff auf den Raum M.Gladbach befürchtet. Pläne zur Schadensbeseitigung wurden aufgestellt. Der Einsatz von Kriegsgefangenen, der Luftschutzpolizei und der Räumungseinheiten des Heeres wurden durch „Einsatzpläne" festgelegt. Die NSDAP gab die Parole aus, nicht im Arbeitseinsatz tätige Mitarbeiter sollten das bombengefährdete Gebiet freiwillig verlassen. Wie berechtigt die Vorkehrungen waren, zeigten dann auch die immer stärker einsetzenden Luftangriffe. Bis August 1943 waren bereits etwa 100 Bürger bei Luftangriffen umgekommen. Um die Zahl der Angriffziele zu verringern, wurden Truppenkommandos und Einheiten aus der Stadt verlegt. In der Nacht vom 30. zum 31. August 1943 erlebten die Bürger den wohl schwersten Luftangriff durch 616 Flugzeuge der RAF, die 2272ts Bomben abwarfen. Der Alarm wurde um 2.00 Uhr gegeben, und als um 4.00 Uhr der Fliegeralarm aufgehoben wurde, lagen M.Gladbach, Rheydt und Wickrath rauchend in Trümmern. In dieser Nacht wurden über 370 Menschen getötet. Noch im Februar des folgenden Jahres mußte der Oberbürgermeister der Stadt M.Gladbach feststellen, daß rund 500 Familien noch immer ohne Wohnung waren. Der nächste Großangriff erfolgte in der Nacht vom 9. zum 10. November 1944 mit ebenfalls verheerenden Folgen. Abgeworfen wurden hierbei nicht nur zehntausende Spreng- und Brand-

Geborgener Hausrat auf der Albertusstraße nach dem Großangriff vom 30./31.8.1943

bomben, sondern auch Flugblätter der Alliierten, die der Bevölkerung die Aussichtslosigkeit eines Sieges vor Augen führen sollten.

Der Kriegsalltag wurde nicht nur von der Angst vor Luftangriffen bestimmt. Hinzu kam die Sorge um die Angehörigen an der Front. Von Monat zu Monat stiegen die Verluste und damit die Gefallenenanzeigen in der Zeitung. Auffallend bei diesen Anzeigen in der Zeitung ist, daß immer häufiger auf den Hinweis „Er fiel für Führer, Volk und Vaterland" verzichtet wurde.

Im Verlauf des Krieges wurden auch die Frauen in großer Zahl „dienstverpflichtet", um wehrfähige Männer freizusetzen. Sie arbeiteten in Rüstungsbetrieben an der Drehbank ebenso wie als Schaffnerin, Straßenbahnführerin usw.

Kriegsgefangene wurden in Betrieben eingesetzt und bei Aufräumungsarbeiten zusätzlich zur Arbeit herangezogen, wobei die sowjetischen Kriegsgefangenen das schwerste Los hatten. Ihre Lager waren in M.Gladbach u. a. auf der Dessauer-, der Neusser-, der Dammer-, der Sittard- und der Viersener Straße, in Rheydt auf der Nord-, der Mülforter-, und der Wiedemannstraße sowie am Hindenburgwall. Hinzu kamen die freiwilligen

bzw. mehr oder weniger zwangsverpflichteten ausländischen Zivilarbeitskräfte, die überwiegend aus Holland, Frankreich oder Polen kamen. Der Kontakt zu den Zwangsarbeitern wie auch zu den Kriegsgefangenen war bei Strafe verboten. So wurde z.B. eine Frau, die ein Geschenk an einen Ostarbeiter überreicht hatte, mit Gefängnis bestraft und in der Zeitung angeprangert.

Der Kommandant des Paten-U-Bootes der Stadt M.Gladbach berichtet den Ratsherren im Mai 1944

Im Zuge der letzten Verteidigungsanstrengungen wurden vor und in der Stadt M.Gladbach „Westwallstellungen" ausgebaut. Tausende von HJ-Angehörigen, später dann ersetzt durch Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet, schanzten in Richtung Viersen und Rheindahlen. Ihre Stärke betrug zeitweise 20000 Mann, selbst noch im Januar 1945.

Das letzte Verteidigungsaufgebot, Freiwillige aus „Wehrertüchtigungslagern" (15- bis 16jährige Hitlerjungen) und Angehörige des „Volkssturms", standen kaum bewaffnet der 9. US-Armee gegenüber. Die NSDAP-Kreisleitung, die bis zum letzten Tag zum Durchhalten aufgerufen und den Sieg versprochen hatte, setzte sich nach Krefeld und dann nach Düsseldorf ab. Ihr folgte der Polizeipräsident, zusammen mit den Kräften der Luftschutzpolizei und der Feuerwehrbereitschaften. Die zurück-

Kaiser-Friedrich-Halle im Jahr 1945 mit Blindgängern

gebliebenen letzten Verteidigungskräfte (Volkssturmeinheiten) lösten sich in den letzten Abendstunden des 28. Februar auf und gingen heim.

Goebbels schrieb in seinem Tagebuch zur Einnahme Rheydts durch die Alliierten:

„In den Westfeindstaaten ist man natürlich wieder hoch auf dem Baum. Man jubiliert, daß es Eisenhower gelungen ist, unsere Front bis an den Rhein zurückzudrücken. Für mich sind geradezu beschämend die Nachrichten, daß die Stadt Rheydt die Amerikaner mit weißen Fahnen empfangen habe. Ich kann mir das nicht recht vorstellen, vor allem auch nicht, daß eine solche weiße Fahne auf meinem eigenen Geburtshause geweht habe. Aber ich weiß im Augenbick nicht einmal, wer überhaupt in diesem Hause wohnt, und ich kann mir schon vorstellen, daß Evakuierte oder Bombengeschädigte eine solche Wahnsinnstat begangen hätten. Für die Amerikaner ist das natürlich eine Sensation erster Klasse, genauso, wie es für mich beschämend und demütigend ist. Aber ich werde, wenn wir wieder einmal nach Rheydt zurückkommen, diesen Fall aufzuklären versuchen.

...

Am meisten ärgere ich mich über das Benehmen der Bevölke-

rung in meiner Heimatstadt Rheydt. Die Amerikaner stimmen darüber ein wahres Triumphgeschrei an. Ein Herr Vogelsang, der mir von früher als ein ausgemachter nationalsozialistischer Spießer bekannt ist, hat sich der amerikanischen Besatzungsbehörde als Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt. Er erklärte dabei, daß er nur auf meinen Druck und Zwang hin in die Partei eingetreten sei, sonst aber mit ihr nichts zu tun habe. Ich werde mir diesen Herrn etwas näher aufs Korn nehmen. Ich bereite eine Aktion vor, um ihn bei erster bester Gelegenheit niederlegen zu lassen. Diese Aktion soll von Berliner Parteigenossen durchgeführt werden, die auf solche Akte schon gedrillt sind. Ich bespreche das in allen Einzelheiten mit Schach. Ich will die Sache nicht überstürzen, sondern sorgsam vorbereiten, damit sie unter allen Umständen zum Erfolg führt. Ich glaube, das wird einerseits bei den feindlichen Besatzungsbehörden, andererseits aber auch bei der linksrheinischen Bevölkerung seinen Eindruck nicht verfehlen.

Amerikanische Panzer auf dem Bismarckplatz am 1.3.1945

Natürlich haben die Amerikaner, wie das zu erwarten war, in Rheydt als der ersten besetzten Stadt eine sogenannte freie deutsche Zeitung eröffnet. Sie suchen mich damit zu kränken und bezeichnen die Tatsache, daß ausgerechnet in Rheydt eine solche Zeitung erscheint, als eine Ironie der Weltgeschichte. Aber der Triumph, den sie dabei zur Schau tragen, erscheint mir

etwas verfrüht zu sein. Ich werde schon Mittel und Wege wissen, um wenigstens in Rheydt wieder die Ordnung herzustellen."

Zerstörtes M.Gladbach 1945 von Süden gesehen

Am 1. März 1945 waren die amerikanischen Truppen in die Städte M.Gladbach, Rheydt und Wickrath eingezogen. Allein die Stadt M.Gladbach hatte zu diesem Zeitpunkt 2510 Tote unter der Zivilbevölkerung zu beklagen.

Helmut Richthammer

Hinweis: Folgende Vorträge werden im Zusammenhang mit der Ausstellung angeboten:

„Entartete Kunst"
Beispiele: Die Walter Kaesbach-Stiftung
Geschichte einer expressionistischen Sammlung in Mönchengladbach

Vortrag von Dr. Sabine Kimpel-Fehlemann

Die 1922 der Stadt Mönchengladbach geschenkte Sammlung blieb nicht verschont von der Entwicklung, die im November 1933 mit der Einrichtung der „Reichskulturkammer" einsetzte: einheitliche Durchsetzung der nationalsozialistischen „Blut- und Bodenkunst" und „unerbittlicher Vernichtungskrieg gegen die letzten Elemente unserer Kulturzersetzung" (Hitler 1937). Im Dezember 1937 wurde die Sammlung beschlagnahmt und ging den Weg aller „entarteten Kunst".

Do 3. 2. 20.00 Uhr 3,–DM
Museum Abteiberg (Vortragssaal)

Justiz im III. Reich
Beispiel: Der kleine Volksvereinsprozeß im Dezember 1933 in Mönchengladbach

Vortrag von Alfred Bayer

Die Strukturen einer politischen Justiz unter den Bedingungen eines totalitären Regimes und der Zwiespalt des Richters in einem solchen System werden verdeutlicht am Beispiel dieses Prozesses gegen Friedrich Dessauer und Josef Knecht. Angeklagt wegen Anstiftung bzw. Beihilfe zur Untreue zum Nachteil des Volksvereinsverlages, gerät die politische Einstellung der Angeklagten immer mehr in den Mittelpunkt. Durch Ausschaltung politisch unliebsamer Personen sollte gleichzeitig der Volksverein getroffen werden. Trotz massiven Drucks durch den Staatsanwalt fiel das Urteil des Richters sensationell aus: Freispruch wegen erwiesener Unschuld.
Ein aufrechter Mann, der sich im Strom der Bewegung aufrecht hielt, gab vielen Hoffnung.

Mi 9. 2. 20.00 Uhr 3,–DM
Haus der VHS, Bismarckstraße 99

Notizen